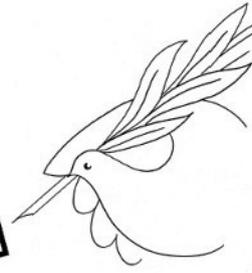


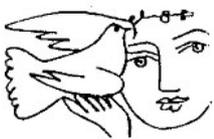
# FRIEDENS JOURNAL



## Wie (un)demokratisch ist die EU?



- EU-Parlament: Weiterhin nur ein Scheinparlament
- EU-Militarisierung: Mehr aggressive Geopolitik wagen
- EU-Kriegskasse für die Ukraine: Wer soll das bezahlen?
- Beiträge zur Situation im Gazastreifen und dem Westjordanland



Herausgeber:  
Bundesausschuss  
Friedensratschlag

Mai – Juni 2024/Nr. **3**

## Wie (un)demokratisch ist die EU?

Inhalt	
EU-Parlament: Weiterhin ein Scheinparlament	3
EU-Militarisierung: Mehr aggressive Geopolitik wagen	6
EU setzt auf Kriegswirtschaft	7
EU-Kriegskasse für die Ukraine	8
Europaweite Mobilität der NATO	10
Buchbesprechung: Die NATO – Eine Abrechnung mit dem Wertebündnis	12
Ostermarschrede in Stuttgart	13
600 Bundesbeamte fordern von Bundes- regierung: Waffenlieferungen einstellen!	14
Gazastreifen: Beweise begraben, Zeugen zum Schweigen bringen	16
Westjordanland: Das unheilige Heilige Land – Leben zwischen Mauern	18
Die systematische Zerstörung Gazas - Zum Verbot Palästina-Kongress	20

*Alle Fußnoten in den Beiträgen, sowie Autoren- und Quellenverweise finden sich in der Web-Fassung dieser Ausgabe unter <https://frieden-und-zukunft.de/fj-archiv/>*

**Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 28.4.24**

### Impressum

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

#### Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag  
Germaniastraße 14, 34119 Kassel  
[www.friedensratschlag.de](http://www.friedensratschlag.de)

#### Redaktion:

Annette Groth, Joachim Guilliard, Lühr Henken,  
Werner Ruf, Ewald Ziegler,  
V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

#### Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,  
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,  
60329 Frankfurt am Main  
e-Mail: [info@frieden-und-zukunft.de](mailto:info@frieden-und-zukunft.de)

#### Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822  
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90

#### Internetausgabe:

auf [www.frieden-und-zukunft.de](http://www.frieden-und-zukunft.de)  
mit digitalem Archiv ab 2010.  
**ISSN 2193-9233d**

#### Bilder auf der Titelseite:

Wikipedia: EU-Parlament in Straßburg,  
Sitz der EU-Kommission in Brüssel  
Fromiche.net: Pressekonferenz Jens Stoltenberg  
und Ursula von der Leyen

Liebe Leserinnen und Leser,

was wählen wir am 9.6.? Sicherlich nur symbolisch für eine andere Politik, wobei zu hoffen ist, dass das Pendel nicht zu weit nach rechts ausschlägt. Dass damit aber keine reale politische Einflussnahme über das große EU-Parlament verbunden ist, zeigt der Beitrag von Andreas Wehr. Vor allem die massive Aufrüstungspolitik und das Anheizen des Krieges in der Ukraine werden auf den Wahlplakaten und in den Wahlkampfreden kaum eine Rolle spielen.

Die massive Aufrüstung in Europa - wie jüngst durch die neuesten Zahlen des Stockholmer SIPRI-Instituts dokumentiert - ist keineswegs allein der NATO anzulasten. Vielmehr wird sie maßgeblich von der EU-Kommission vorangetrieben - allerdings in enger Zusammenarbeit mit der NATO. Schließlich haben beide Institutionen ihren Sitz in Brüssel, und so läuft vieles auf dem kurzen Dienstweg zwischen Ursula von der Leyen und Jens Stoltenberg (siehe Foto auf der Titelseite).

Rüstungspolitik ist auf EU-Ebene gemäß geltenden Verträgen eigentlich nicht zulässig - als Wirtschaftsförderung trickreich getarnte Industriepolitik aber durchaus, wie aus den entsprechenden Beiträgen in dieser Ausgabe hervor geht.

Der Krieg in der Ukraine beherrscht weiterhin die Schlagzeilen. Nachdem der US-Kongress kürzlich doch noch das 60-Milliarden-Paket „für die Ukraine“ freigegeben hat, werden in den hiesigen Leitmedien neue Illusionen über eine mögliche Wende geschürt.

Die Mehrheit im US-Kongress kam aber nur zustande, weil diese Summe zur Finanzierung der US-Rüstungsindustrie weitgehend im eigenen Land bleibt. Fest steht: Die Finanzierung dieses für die Ukraine aussichtslosen Krieges kann nur durch die EU erfolgen, mit erheblichen Risiken und Nebenwirkungen, wie unser Autor Rüdiger Rauls aufzeigt.

Mit mehreren Beiträgen beschäftigen wir uns wieder mit dem Gazakrieg.

Zunächst bringen wir dazu Auszüge aus der Ostermarschrede von Wiltrud Rösch-Metzler, die sich seit langen Jahren in der Friedensbewegung über pax christi für Empathie mit den Palästinensern einsetzt.

Eine umfassende Analyse der Zuspitzung im Gazakrieg haben wir mit einem offenen Brief von 600 Bundesbeamten an die Bundesregierung dokumentiert, in dem ein sofortiger Stopp der Waffenlieferungen an Israel gefordert wird. Die Unterzeichner, die über berufliche Netzwerke zusammengefunden haben, bleiben dabei aus Angst vor beruflichen Nachteilen anonym. Ein leitender Angestellter wird mit einem „Klima der Angst“ in Behörden und Ministerien zitiert.

Dass wir immer mehr in staatliche Repression schlittern, zeigt das Verbot des Palästina-Kongresses am 14. April in Berlin.

Unsere aktuellen Aufgaben als Friedensbewegung sind derzeit nur begrenzt planbar. Im Vordergrund stehen derzeit dezentrale Aktionen gegen die NATO-Kriegsmanöver, die durch die wieder aufgenommenen Waffenlieferungen des US-Militärs aus Waffenlagern in Deutschland in die Ukraine noch verstärkt werden müssen.

Dazu gehört auch in diesem Jahr wieder die Aktionswoche der Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“ gegen die logistische Drehscheibe des US-Militärs.

Der sich immer deutlicher abzeichnende soziale Kahlschlag zugunsten der Rüstungsausgaben erfordert verstärkte Anstrengungen zur Vernetzung der friedensbewegten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, wie sie mit der für den 14. und 15. Juni in Stuttgart geplanten Konferenz angestrebt werden.

Die Wirksamkeit der Proteste auf der Straße wird stark davon abhängen, ob es gelingt, innerhalb der Gewerkschaften den notwendigen Druck gegen den „Burgfrieden“ mit der Bundesregierung aufzubauen.

*Karl-Heinz Peil*

## EU-Parlament: Weiterhin nur ein Scheinparlament

von Andreas Wehr

Die Europäische Union (EU) greift immer tiefer in das Leben ihrer Bürger ein. Hervorgegangen aus einer Wirtschaftsgemeinschaft, welche die Schaffung einer Zollunion und eines unbegrenzten Binnenmarktes als Ziele hatte, ist sie längst zu einem Gebilde mutiert, das sich anmaßt immer mehr Bereiche des gesellschaftlichen Lebens der Mitgliedsländer zu regulieren.

Der in über 60 Jahren angewachsene Bestand gemeinsamer Rechtsakte, der sogenannte *Acquis communautaire*, umfasst neben den Verträgen inzwischen Tausende Richtlinien, Verordnungen und Beschlüsse. Die Europäische Union verfügt über einen eigenen Haushalt, einen Gerichts- und einen Rechnungshof sowie die gemeinsame Währung Euro, der in 20 ihrer 27 Mitgliedsländer Zahlungsmittel ist.

Die EU leistet sich auch ein eigenes Parlament. Dessen Abgeordnete werden alle fünf Jahre von den Bürgern direkt gewählt. Im Juni 2024 ist es wieder soweit. Doch diese Einrichtung ist für die EU-Befürworter zugleich ein Grund für Besorgnis, nehmen doch im Vergleich zu nationalen Wahlen regelmäßig bedeutend weniger Menschen an den Urnengängen teil.

Europaweit waren es 2019 nur knapp über 50 Prozent. In Deutschland lag die Beteiligung bei 61,4 Prozent und damit höher als bei den vier vorangegangenen Europawahlen. Doch im Vergleich mit der Bundestagswahl im September 2021, an der sich 76,4 Prozent beteiligten, war sie weiterhin sehr niedrig.

### „Eine Fassade ohne Substanz dahinter“ – Über das Ende des Spitzenkandidaten-Modells

Um dem verbreiteten Desinteresse an den Wahlen zum Europäischen Parlament entgegenzuwirken, benannten die verschiedenen politischen Richtungen erstmals 2014 Spitzenkandidaten. Sie sollten zugleich Bewerber für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission sein. Auf diese Weise versuchte man den Eindruck zu erwecken, dass es bei den Wahlen wirklich um Wichtiges gehe. Die Bürger sollten glauben, dass

sie mit ihrer Stimme die Ausrichtung der EU bestimmen können.

Doch dieser 2014 künstlich inszenierte Wahlkampf - vor allem zwischen Martin Schulz, dem Kandidaten der Sozialdemokraten, und dem der Konservativen, Jean-Claude Juncker, - interessierte nur wenige, handelte es sich doch bei beiden um klassische Vertreter der europäischen Politikerkaste, die in nahezu allen Fragen übereinstimmt.

Die letztlich für die Auswahl des Kommissionspräsidenten verantwortlichen Staats- und Regierungschefs ließen sich denn auch nicht durch dieses Manöver irritieren. Sie stellten frühzeitig klar, dass sie nicht daran denken, sich in dieser Personalfrage hineinreden zu lassen. Das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament wolle man lediglich „berücksichtigen“ hieß es.

Kommissionspräsident wurde dann auch Juncker, so wie es die Mehrheit der Staats- und Regierungschefs bereits vor den Wahlen verkündet hatten. Da die Partei von Juncker, die konservative Europäische Volkspartei, bei den Wahlen vorn lag, konnte es so scheinen, dass Juncker die Wahlen gewonnen hatte und deshalb Kommissionspräsident wurde. Tatsächlich hatte er aber gar nicht für das Parlament kandidiert.

Da sich so das Spitzenkandidaten-Modell bereits 2014 als bedeutungslos für die Besetzung des Kommissionspräsidenten erwiesen hatte, verzichteten bei den Wahlen 2019 denn auch einige europäische Parteien darauf, erneut Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten aufzustellen.

Konfrontiert mit dem Machtanspruch des nur im Europäischen Parlament aktiven „Wahlsiegers“ Manfred Weber von der EVP ließen es sich die Regierungschefs aber nicht nehmen, die Auswahl selbst in die Hand zu nehmen.

Auf Betreiben des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron wurde Weber abgelehnt. Macron

spielte schließlich den Königsmacher indem er für den Posten die damalige deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen vorschlug. Nicht der „Spitzenkandidat“ Weber wurde daher Chef der Kommission, sondern eine Politikerin die im Wahlkampf für das Europäische Parlament keine Rolle gespielt hatte.

Jetzt, fünf Jahre später, hat man das Spitzenkandidatenprinzip für die anstehende Wahl im Juni 2024 stillschweigend entsorgt, anders lässt sich das Verhalten von CDU/CSU nicht verstehen. Die Unionsparteien hatten die amtierende Kommissionspräsidentin von der Leyen bereits im Februar 2024 als Kandidatin für den im November neu zu besetzenden Vorsitz der Kommission nominiert. Die anderen in der EVP vertretenen Parteien folgten auf deren Parteitag am 7. März 2024 in Bukarest den Deutschen.

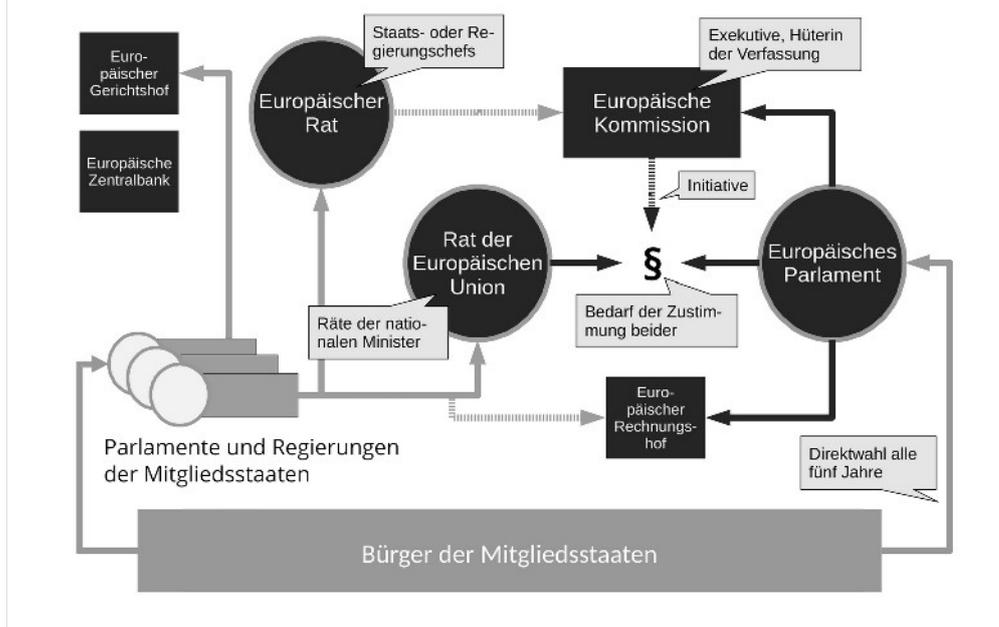
Da aber Von der Leyen nirgendwo für das Europäische Parlament kandidiert, ist sie auch nicht Spitzenkandidatin einer Liste der EVP für die Wahl. Von der Leyen hat sich vielmehr bereits in ihrer Amtszeit durch eine geschickte Klientelpolitik die Unterstützung der meisten Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer für ihre erneute Kandidatur gesichert, ganz gleich ob die Regierungschefs ein Parteibuch der Konservativen, Liberalen oder Sozialdemokraten besitzen.

Unklar bleibt aber, ob sie doch noch über den Corona-Milliardendeal mit Impfstoffen von Pfizer/Biontech stolpert.

### Wer erlässt die Gesetze der Union?

Dem Europäischen Parlament wird nicht nur das Recht vorenthalten, den Kommissionspräsidenten und damit die Spitze der EU-Exekutive bestimmen zu können, es besitzt auch kein Initiativrecht, was bedeutet, dass es keine Gesetze aus seiner Mitte heraus vorschlagen kann. Es hat nicht einmal das Recht zu verlangen, dass die von ihm selbst mitbeschlossenen Richtli-

Das politische System der Europäischen Union | © Ziko van Dijk, Lizenz: CC BY-SA 4.0



nien und Verordnungen überarbeitet oder aufgehoben werden.

Die Stellung des Parlaments ist daher in legislativen Fragen aufgrund der Bestimmungen der EU-Verträge schwach. Nicht einmal zur Regelung seiner eigenen Angelegenheiten ist es befugt. So liegt es nicht in seiner Kompetenz festzulegen wo es tagen will. Die unsinnige und kostenaufwändige Aufteilung auf zwei Parlamentssitze in Brüssel und Straßburg kann es nicht per Beschluss aufheben, ist sie doch vertraglich festgeschrieben.

Nun wird gesagt, dass das Parlament zwar nicht das Initiativrecht besitzt, es doch aber immerhin dem Rat im Gesetzgebungsverfahren gleichgestellt sei. Und in der Tat: Seit dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags teilen sich beide Organe dieses Recht. Das Mitentscheidungsverfahren wurde zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren in so gut wie allen Politikbereichen aufgewertet.

Wie aber ist dieses Mitentscheidungsverfahren im Einzelnen ausgestaltet? Laut Vertrag besteht es aus drei Stufen. In den beiden ersten geht es darum, Kompromisse zwischen den beiden Gesetzgebungsorganen Rat und Parlament zu erzielen. Kommt es dabei zu keiner Einigung, so hat das Parlament in der dritten Stufe das Recht, seinen Willen gegenüber Kommission und Rat durchzusetzen. Dafür benötigt es je-

doch eine absolute Mehrheit der gewählten Abgeordneten.

Eine solche Mehrheit ist in dem zersplitterten EP allerdings nur äußerst schwer herstellbar, setzt es sich doch traditionell aus einer Vielzahl größerer und kleinerer Fraktionen zusammen. Schon um nur einfache Mehrheiten zu erreichen, müssen regelmäßig mindestens drei, oft sogar vier Fraktionen zusammenwirken. Die Herstellung einer absoluten Mehrheit der gewählten Abgeordneten ist unter diesen Umständen fast unmöglich.

Das Mitentscheidungsverfahren unter voller Ausnutzung seiner möglichen drei Stufen wird daher so gut wie nie angewendet. Das Parlament versucht stattdessen regelmäßig, seine Interessen auf dem Verhandlungsweg mit dem Rat im sogenannten Trilogverfahren innerhalb der ersten Stufe durchzusetzen.

Am Ende der Verhandlungen wird das Trilog-Ergebnis dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt, womit das Verfahren - das sich formal immer noch im Stadium der ersten Lesung befindet - abgeschlossen wird. Konnten die Ausschüsse des Parlaments den ursprünglichen Beschluss noch ausführlich beraten und wurde er in alle EU-Amtssprachen übersetzt, so gilt das alles nicht für den im Trilog ausgehandelten Text. Dieser wird regelmäßig erst wenige Tage vor der

abschließenden Parlamentsabstimmung und dann auch nur auf Englisch als Antrag weniger großer Fraktionen eingebracht. Da es sich in diesem Stadium um einen Vorschlag des Trilogs handelt der vom Rat bereits gebilligt worden ist, kann das Parlament diesen auch nicht mehr abändern. Es kann ihn nur annehmen oder ablehnen.

Mittlerweile erfolgt über 80 Prozent der EU-Gesetzgebung per Trilog. Die offizielle Gleichstellung von Parlament und Rat im Gesetzgebungsverfahren hat somit in der Praxis ein höchst undurchsichtiges Verfahren des Aushandelns hinter verschlossenen Türen hervorgebracht, das mit dem eigentlich vorgesehenen Mitentscheidungsverfahren nicht mehr viel zu tun hat.

## Ein Parlament ohne Budgetrecht

Mit dem Lissabonner Vertrag wurden die Befugnisse des Parlaments in Haushaltsfragen erweitert. Nun muss auch der mehrjährige Finanzplan der Union im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens genehmigt werden. Doch bereits bei der ersten Beschlussfassung darüber, bei der Verabschiedung des Finanzplans 2014 bis 2020, musste sich das Parlament dem Rat beugen. Alles andere wäre auch eine große Überraschung gewesen, sind es nun einmal die Mitgliedsstaaten, die den Großteil des Unionshaushalts bestreiten und damit am längeren Hebel sitzen.

Und so gilt weiterhin: Das Europäische Parlament verfügt nicht einmal über das Budgetrecht. Ihm fehlt also das „Königsrecht“ der Entscheidung über den Haushalt, das jedes echte Parlament in einer Demokratie auszeichnet. In den europäischen Nationalstaaten erkämpften sich die Parlamente dieses Recht bereits am Ende des 19. bzw. zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

## Das Europäische Parlament als Staatenkammer

Das EP gleicht in seiner Zusammensetzung eher einer direkt gewählten, kontingentierten Staatenkammer als einem wirklichen Parlament. Dies ist auch die Ansicht des Bundesverfas-

sungsgerichts.

Noch in seinem Maastricht-Urteil von 1993 hatte es die Hoffnung ausgesprochen, dass das Parlament einen wesentlichen Beitrag zur Demokratisierung der EU leisten könne. Für „entscheidend“ hielt das Gericht damals, „dass die demokratischen Grundlagen der Union Schritt haltend mit der Integration ausgebaut werden [...]“. Nach Jahren weiterer Integration stellte das Gericht jedoch in einem weiteren Urteil von 2009 nüchtern fest:

*„Die Europäische Union erreicht beim gegenwärtigen Integrationsstand auch bei Inkrafttreten des Vertrags [von Lissabon, A.W.] noch keine Ausgestaltung, die dem Legitimationsniveau einer staatlich verfassten Demokratie entspricht.“*

Im Europäischen Parlament sahen die Bundesrichter „kein Repräsentationsorgan eines souveränen europäischen Volkes“. Es „bleibt vor diesem Hintergrund in

*der Sache wegen der mitgliedstaatlichen Kontingentierung der Sitze eine Vertretung der Völker der Mitgliedstaaten.“*

### Ein Parlament ohne echte Parteien und Fraktionen

Im Unterschied zu den Mitgliedsstaaten gibt es auf EU-Ebene keine echten Parteien. Bei den europäischen Parteien handelt es sich vielmehr um „Parteienparteien“, um bloße Zusammenfassungen der jeweiligen konservativen, sozialdemokratischen, liberalen, grünen und linken Parteien der einzelnen Staaten.

Dem entsprechend sind auch die Fraktionen im Parlament nur lose Zusammenschlüsse. Sie kennen keine mit den Regeln nationaler Parteien vergleichbare Fraktionsdisziplin. Die in den Ausschüssen gestellten Änderungsanträge verantworten nur die einzelnen Parlamentarier. Und so

kommt es häufig vor, dass sich die Anträge von Abgeordneten derselben Fraktion widersprechen. Und auch im Plenum des Parlaments stimmt fast keine Fraktion geschlossen ab.

Die Europäische Union ist als Staatenbündnis eine supranationale Organisation unabhängiger Länder. Unabhängig ist und bleibt daher in ihr die zentrale Rolle der Mitgliedsstaaten und damit des Europäischen Rats der Staats- und Regierungschefs bzw. des Rats der sich aus den einzelnen Fachministern zusammensetzt.

Die Kommission ist von diesen Gremien und nicht vom Europäischen Parlament abhängig. Vorstellungen von einer Demokratisierung der Union durch die Schaffung eines einflussreichen Parlamentssystems, wie es auf nationalstaatlicher Ebene existiert, müssen daher Illusion bleiben.

*Zuerst veröffentlicht in der Zeitschrift Hintergrund - www.andreas-wehr.eu*

## Wirtschaftsblockaden: Die EU im permanenten Krieg

von Joachim Guilliard

Die Militarisierung der EU schreitet voran, das bevorzugte Instrument, mit dem sie die Interessen ihrer Mitglieder durchzusetzen sucht, sind seit langem aber eigenmächtige wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen. Mittlerweile haben die EU-Staaten gegen 25 Länder in Europa, Asien, Südamerika und Afrika „restriktive Maßnahmen“, wie sie hier genannt werden, in Kraft. Und dies, obwohl sie international, vor allem wegen ihrer menschenrechtlichen und humanitären Folgen sehr stark in der Kritik stehen und ihre Erfolgsaussichten zweifelhaft sind.

Im Bündnis mit den USA werden so gegen einige Länder wie Russland, Syrien oder Iran regelrechte Wirtschaftskriege geführt, deren Wirkung Washington oft noch mit sogenannten „Sekundärsanktionen“ verschärft. Mit ihnen werden Unternehmen von Drittstaaten weltweit erpresst, US-Embargovorschriften, z.B. gegen Kuba, einzuhalten, auch wenn sie Politik und Vorschriften ihres eigenen Landes zuwiderlaufen.

Sie werden nahezu einhellig international als völkerrechtswidrig verurteilt – bisher auch von der EU. Brüssel hat dagegen sogar eine Verordnung erlassen.

Dieses „Blockade-Statut“ verbietet EU-Bürgern und Unternehmen explizit die Befolgung der darüber geforderten Maßnahmen. Im Wirtschaftskrieg gegen Russland droht Brüssel jedoch nun selbst „Sekundärsanktionen“ an. So soll der dort beschlossene Preisdeckel für russisches Rohöl nicht nur für heimische Abnehmer, sondern auch für Importeure anderer Länder in Asien, Afrika oder Südamerika gelten soll. Und die letzten „Sanktionspakete“ der EU enthalten auch schon direkte Zwangsmaßnahmen gegen chinesische und türkische Firmen.

Die beispiellose Zahl westlicher Blockademaßnahmen konnte Russland jedoch nicht „ruinieren“. Der IWF bescheinigt ihm eine recht stabile Wirtschaft und ein Wachstum von 2,6 Prozent, während er die BRD mit minus 0,5% zum Schlusslicht unter den großen Volkswirtschaften erklärte und damit zum größten Verlierer des Wirtschaftskrieges.

Auch das Wirtschaftswachstum der anderen Mitgliedsstaaten, brach infolge ihrer Boykottbemühungen ein. Hauptursache ist der drastische Anstieg der Energiekosten. Nach Berech-

nungen der Nachrichtenagentur Bloomberg belief sich die Belastung der EU-Staaten durch sie bereits im Dezember 2022 auf rund eine Billion US-Dollar.

Besonders betroffen ist bekanntlich Deutschland, das sich zu einem hohen Grad mit günstigem russischem Pipelinegas versorgte. Nach Berechnungen der Hans-Böckler-Stiftung führten hier der „Energiepreisschock“ zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von fünf Prozent – pro Kopf ein Verlust von rund 2.600 Euro pro Jahr.

Politik und Medien bemühen sich krampfhaft, die Hauptursache für die Preisexplosionen, den Boykott von russischem Öl- und Gas, auszublenken und sie allgemein auf den „russischen Angriffskrieg“ zurückzuführen.

Dabei hat Deutschland so rasch und rigoros wie kaum ein anderes europäisches Land den direkten Import aus Russland gedrosselt, lange bevor Russland den Zufluss wegen Wartungsarbeiten an der „Nordstream 1“-Pipeline zeitweise unter die, von Berlin anvisierte Menge drückte.

## EU-Militarisierung: Mehr aggressive Geopolitik wagen

von David Goeßmann



Foto: Flickr

Euro kürzte, wird der Schwerpunkt von klimaauf verteidigungsbezogene Projekte verlagert.

### Rüstung boomt, Grenzschutz militarisiert sich

Diese Schwerpunktverlagerung findet vor dem Hintergrund einer Verschärfung der Sparpolitik

statt. Insbesondere Deutschland fordert strengere fiskalische Regeln. Das könnte die EU-Mitgliedstaaten dazu zwingen, ihre ohnehin schon knappen Haushaltsmittel im nächsten Jahr gemeinsam um mehr als 100 Milliarden Euro zu kürzen.

Währenddessen berichtet die Financial Times, dass "Europas Rüstungsindustrie boomt" – was den Trend hin zu Kriegswirtschaft unterstreicht. Der EU-Außenamtschef Josep Borrell zitiert derweil den lateinischen Spruch "*Si vis pacem, para bellum*", "Wenn man Frieden will, muss man sich auf den Krieg vorbereiten."

Vor dem EU-Parlament verkündete die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, dass man die "Verteidigungskapazitäten" mit einem Turbolader versehen müsse und "operative Fähigkeiten, mit denen Schlachten gewonnen werden können", entwickeln müsse. Außerdem schreitet die Militarisierung der EU-Außengrenzen und der "Krieg gegen Flüchtlingen", auch außerhalb der eigenen Jurisdiktion, voran.

Die wuchernde EU-Grenzschutzagentur Frontex wurde kürzlich mit einem Budget von 5,6 Milliarden Euro ausgestattet, dem höchsten aller EU-Agenturen. Frontex operiert mehr und mehr auch außerhalb der EU, vor allem in Afrika.

### Globale Strategie

Die neue geopolitische Rolle kommt nicht aus dem Nichts. Sicherlich hat der Ukraine-Krieg den Militarisierungstrend verstärkt. Doch schon das Aus-

einanderbrechen von Jugoslawien und die europäische Reaktion darauf führte zu einem Fokus auf Sicherheit. In darauffolgenden Verträgen und Programmen kommt das dann auch zum Ausdruck.

Es entstanden Strategiepapiere wie "*European Security Strategy*", "*Global Strategy*" oder "*Climate and Defence*". Nun hieß es nicht mehr: Sicherheit durch Entwicklung, sondern erst Sicherheit, dann Entwicklung. Mit der "*European Peace Facility*" (EPF) unterstützte man ausländische Militärs mit Ausbildung und Waffen.

Nach außen wurden die Hilfen als Anti-Terror- oder Anti-Migrationsoperationen verkauft. Doch gegenüber dem britischen Guardian gab ein EU-Offizieller zu, die Maßnahmen seien ihrem Wesen nach rein geopolitisch.

### Schnelle Eingreiftruppe

Zugleich wurde immer wieder die Idee von europäischen Streitkräften zirkuliert. Im Mai 2022, kurz nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs, einigten sich die EU und die Mitgliedsstaaten formell auf den sogenannten "Strategic Compass".

Neben detaillierten strategischen Ausführungen, der Auflistungen von Bedrohungen, verpflichtet man sich in dem Papier darauf, eine "*Rapid Deployment Capacity*", eine schnelle EU-Eingreiftruppe mit 5.000 Streitkräften für die Bewältigung von diversen Krisen aufzustellen.

Geopolitisch konzentriert man sich dabei auf Afrika ("*von strategischer Bedeutung für die EU*") und den Indo-Pazifik, wo die regelbasierte Ordnung und Lieferketten bedroht seien. Ein Hinweis auf die Dominanz Chinas in der Region.

Die Wende vom "zivil" ausgerichteten Europa zu einer geopolitisch-militärisch operierenden EU bricht dabei mit der "*klassisch interdependenten und liberalen Vision der Welt*", auf der die EU ihre Politik aufbaut, wie Zaki Laïdi, ein Berater von Josep Borrell, den Wechsel auf den Punkt brachte.

### Neuerfindung der EU als geopolitische Großmacht

Gleichzeitig ist die Europäische Union dabei, sich als eine Großmacht neu zu erfinden, die geopolitisch und bei Kriegen stärker mitreden möchte, worauf Colin Gannon in Jacobin hinweist.

Das sieht man allein an den Ausgaben für das Militär in den EU-Mitgliedsstaaten. Im letzten Jahr waren es insgesamt 270 Milliarden Euro, so viel wie seit dem Ende des Kalten Kriegs nicht mehr, während die EU viele Milliarden an Militärhilfe an die Ukraine bereitstellte.

Die EU hat auch vor Kurzem die erste "*Defence Industrial Strategy*" ("Industriestrategie für den Verteidigungsbereich") vorgelegt. Während man den Green Deal herunterstufte und den Europäischen Souveränitätsfonds – eine Antwort auf Konjunkturprogramm IRA der Biden-Regierung in den USA – von zehn auf 1,5 Milliarden

## Ist Militarisierung das letzte Wort der EU?

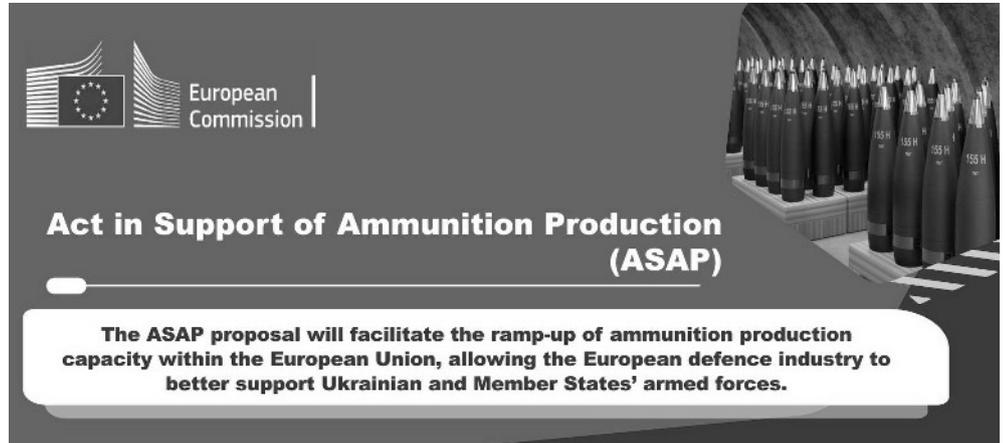
Sicherlich kann man einwenden, dass die EU bisher eher einen Papiertiger darstellt, militärisch betrachtet. Aber der Staatenblock tritt zunehmend als Großmacht auf und forciert dabei die Agenda, Grenzen zu militarisieren und Gelder umzuleiten von sozialen und ökologischen Aufgaben, die den Bürger:innen der EU zugutekommen sollten, hin zu Militärausgaben.

Die Rüstungsindustrie betreibt im Hintergrund zugleich Lobbyarbeit und profitiert von der Neuorientierung. Im Zuge des Ukraine-Kriegs, der Konfrontation mit Russland – unter der Führung der USA und begleitet von einem weitreichenden Sanktionsregime – sowie des Wirtschaftskriegs mit China

haben die Hardliner in Europa Oberwasser erhalten – sowohl auf EU-Ebene, in den Mitgliedsstaaten und in der öffentlichen Debatte. Sie treiben den Wechsel immer weiter voran.

Ob dabei die anvisierte "strategische Autonomie" von den USA erreicht wird oder man weiter an der transatlanti-

schon Freundesseite Washingtons agiert, letztlich dienend und untergeordnet, ist am Ende nicht so entscheidend. Wichtiger ist, ob die Militarisierung das letzte Wort der EU ist, womit Europa und die Europäer keineswegs sicherer, sondern unsicherer gemacht werden.



Auszug aus EU-Fact Sheet vom Mai 2023 zur Budgetierung für die zusätzliche Industrieproduktion von Munition (500 Mio. Euro direkt bzw. 1 Mrd. Euro für die gesamte Logistikkette).

## EU setzt auf Kriegswirtschaft: Massenproduktion von Rüstungsgütern läuft an

Özlem Alev Demirel und Jürgen Wagner

Anfang März 2024 legte die Europäische Kommission zwei neue Papiere vor, mit denen die Union einen weiteren großen Schritt in Richtung Kriegswirtschaft unternimmt. Dabei formuliert die *European Defence Industrial Strategy (EDIS)* recht konkrete Ziele, während das *European Defence Industry Programme (EDIP)* ergänzend die entsprechenden Maßnahmen zur Umsetzung vorschlägt.

Es geht dabei um nicht weniger als die Fähigkeit zur "Massenproduktion" von Rüstungsgütern und den forcierten Aufbau eines europäischen Rüstungskomplexes, um international stärker in Konkurrenz treten und die eigenen Interessen besser durchsetzen zu können.

Dabei entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet die ansonsten neoliberal bis ins Mark daher kommende EU-Kommission damit Befugnisse erhalten will, um "Eingriffe in die Grundrechte der Unternehmen"

(EDIP: Artikel 61) vornehmen zu können – augenscheinlich stoßen die vielbeschworenen Freiheiten des Marktes bei Aufrüstungsfragen inzwischen an ihre Grenzen.

Parallel dazu betont der zuständige Industriekommissar Thierry Breton, es gehe darum, dass sich die EU schrittweise einer Kriegswirtschaft nähern und bei Bedarf der militärischen Produktion einen Vorrang vor ziviler Produktion einräumen müsse.

Kriegswirtschaft, das bedeutet nichts weiter als alle Bereiche der Produktion und Wirtschaft dem Bedarf des Krieges unterzuordnen. Diese Programme sind also eine vorausseilende Maßnahme, die deutlich machen, wohin die Reise in der EU geht.

Weil es der EU-Vertrag verbietet, militärische Ausgaben der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus dem EU-Haushalt zu bestreiten, tarnt die EU-Kommission entsprechende Vorhaben mittlerweile als industriepolitische Maßnahmen. [...]

Dass die Vorhaben der Kommission nicht auf ungeteilte Zustimmung stoßen, zeigt sich allein schon daran, dass

deren ursprünglich für November 2023 geplante Veröffentlichung gleich mehrfach, mutmaßlich aufgrund von Einwänden der Mitgliedsstaaten, verschoben werden musste.

Die kleinen und mittleren Mitgliedsstaaten befürchten die Dominanz deutscher und französischer Rüstungsinteressen, während die wiederum einen zu starken Einfluss der Kommission wittern.

Schließlich fällt die Außen- und Sicherheitspolitik in den Verantwortungsbereich der Staaten, Versuchen der Kommission, Kompetenzen auf diesem Feld zu ergattern, wird traditionell äußerst misstrauisch begegnet [...]

So stehen hinter der abschließenden Verabschiedung der ehrgeizigen Kommissionsvorschläge noch einige Fragezeichen, die generelle Richtung, in die sich die Europäische Union bewegt, ist aber eindeutig: In eine Kriegswirtschaft! Das bedeutet auch, dass wir auf eine kriegerische Zeit vorbereitet werden, die weder Europa noch die Welt sicherer machen wird.

Quelle: Telepolis / 10.4.2024 und 12.4.2024

## EU-Kriegskasse für die Ukraine: Wer soll das bezahlen?

Von Rüdiger Rauls

Seit die USA keine Gelder mehr für die Ukraine überweisen, ist die EU zum hauptsächlichen Geldgeber und Waffensteller geworden. Aber nicht nur Waffen, Munition und Personal werden knapp. Auch die Finanzierung des Krieges macht zunehmend Probleme.

Seit Beginn des Krieges vor gut zwei Jahren hat die Ukraine Mittel in Höhe von „88 Milliarden Euro von der EU und ihren Mitgliedstaaten bekommen.“<sup>[1]</sup> Darüber hinaus erhielt das Land weitere Milliarden aus den USA und anderen Staaten des politischen Westens, sodass die Gesamtsumme der Zahlungen und Waffenlieferungen mittlerweile in die Hunderte von Milliarden geht.

Dennoch reichen diese nicht aus, um Russland standzuhalten, geschweige denn sogar den Krieg zu gewinnen. Seit die USA kein Geld mehr schicken, ist dieses Ziel in noch weitere Ferne gerückt.

### Wer soll das bezahlen?

Nun versucht die Europäische Union (EU) diesen Ausfall wett zu machen, indem sie neue Mittel für die Ukraine in Höhe von 50 Mrd Euro bereit stellt. Daraus „sollen bis einschließlich 2027 zusätzlich rund 38 Milliarden Euro an direkter Budgethilfe fließen, weitere sieben Milliarden Euro für Investitionen und fünf Milliarden Euro für Reformen in der öffentlichen Verwaltung. Zwei Drittel der Gesamtsumme sind zinsgünstige Kredite, der Rest Zuschüsse“<sup>[2]</sup>.

Der Krieg wird also immer europäischer. Diese Unterstützung verschlingt Unsummen. Darüber hinaus sollen die Rüstungsausgaben im Rahmen der NATO und der europäischen Staaten erhöht werden, denn man glaubt, auf einen umfassenden Krieg der NATO mit Russland vorbereitet sein zu müssen. Man sieht sich in einem „existenziellen Konflikt“.

Der französische Präsident Macron scheint wohl die vorherrschende Meinung im Bündnis auszudrücken, wenn er unwidersprochen behauptet, „Putin werde im Falle eines Sieges in der Ukraine nicht aufhören ... er, der nie seine Verpflichtungen eingehalten hat“<sup>[3]</sup>.

Aber woher sollen die Milliarden kommen, die man für all diese Aufgaben brauchen wird? Die USA können sich na-

hezu unbegrenzt verschulden, solange Gesetzgeber und die Investoren an den Finanzmärkten mitspielen. Für die Europäer der EU ist das schwieriger. Ihnen sind durch das Maastricht-Abkommen Grenzen in der Verschuldung gesetzt. Dieses gibt für die Defizite der Einzelstaaten einen Rahmen vor. Zwar werden dabei auch immer Ausnahmen gewährt, aber insgesamt wird darauf geachtet, dass sich nicht einzelne Länder auf Kosten der anderen zu sehr verschulden und damit zum Schaden für die innere Stabilität des Staatenbundes.

Am 21.3. dieses Jahres trafen sich die Staats- und Regierungschefs deshalb in Brüssel zu Beratungen über die Aufrüstung. „Innovative Quellen sollten erkundet werden, um die Verteidigungsausgaben zu erhöhen“<sup>[4]</sup>. Da die Zeit drängt wurde den zuständigen Einrichtungen der EU der Auftrag erteilt, bis Juni „alle Optionen zu erkunden, um Finanzmittel aufzubringen“<sup>[5]</sup>. Weil besonders die deutsche Öffentlichkeit darauf bisher immer ablehnend reagiert hatte, hatte man ausdrücklich den Hinweis vermieden, dass es um nichts anderes geht als „gemeinsame Schulden“<sup>[6]</sup> für die Aufrüstung.

### Woher nehmen ...?

Die finanzielle Lage der meisten europäischen Staaten ist nicht gerade rosig, denn der politische Westen hat sich mit seinen Sanktionen gegen Russland selbst ins Knie geschossen. Die Energiekosten explodieren wie auch die Preise vieler Grundstoffe für die europäische Industrie, die beispielsweise die Chemieunternehmen noch vor Jahren günstig aus Russland beziehen konnten. Eine Folge dieser Verknappung ist ein gewaltiger Preisanstieg besonders bei Energieträgern und Lebensmitteln.

In dieser Lage hatte die EZB nichts Besseres zu tun, als zusätzlich auch noch die Zinsen anzuheben und damit die wirtschaftliche Lage noch weiter zu verschärfen. Denn die reine Lehre der Inflationstheorien besagt, dass steigende Preise Inflation sind, und diese bekämpft man mit höheren Zin-

sen. Das ist die modernisierte Theorie des Aderlasses, übertragen auf die Wirtschaft. Man zapft dem durch Krankheit bereits geschwächten Patienten das Blut ab und wundert sich dann, dass sich sein Zustand verschlechtert.

Die EZB in ihrem wirklichkeitsfernen Elfenbeinturm erkennt nicht, dass die gestiegenen Preise nicht die Folge ausufernder Nachfrage sind, der Lehrbuchklärung für Inflation, sondern Ergebnis einer durch die Sanktionen verursachten Verknappung. Anstatt die Politik zu ermahnen, die ruinösen Sanktionen aufzuheben, erhöht sie die Zinsen nach dem Buchstaben der Inflationstheorien. Die Folge ist ein Rückgang der Wirtschaftstätigkeit, nachlassende Umsätze, zunehmende Insolvenzen. Die Bürger schränken ihren Konsum ein, weil sie sich vieles nicht mehr leisten können.

Ein Teufelskreis wird dadurch in Gang gesetzt: Viele Unternehmen fahren die Produktion runter oder verlagern sie teilweise, manchmal sogar ganz ins Ausland, weil dort besonders die Energiekosten niedriger sind. Das hat Auswirkungen auf die Staatsfinanzen, denn die Steuereinnahmen sinken. So hatte Deutschland schon Ende letzten Jahres auf die Finanzlage regieren müssen, indem es erst recht nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts auf Förderprogramme zusammenstrich und Einsparungen im Haushalt vornahm.

Mit seinen Haushaltsproblemen steht Deutschland in der EU aber nicht alleine. Auch „um die französischen Staatsfinanzen ist es offenbar schlechter bestellt“<sup>[7]</sup> als gedacht. „Das schwächere wirtschaftliche Umfeld etwa in Deutschland und China“<sup>[8]</sup> lastet schwer auf den Steuereinnahmen, sodass „das Defizit 2023 signifikant oberhalb der geplanten 4,9% gelegen habe“<sup>[9]</sup>. Die Neuverschuldung betrug für 2023 etwa 5,5%, „schmerzhafte Etatkürzungen werden dadurch unausweichlich“<sup>[10]</sup>. So wie den Franzosen geht es vielen Staaten in der EU, wobei Frankreich „mit mehr als drei Billionen Euro“<sup>[11]</sup> am höchsten verschuldet ist.

## ... und nicht stehlen?

Warum eigentlich nicht? Da sind doch die üppigen Gelder der russischen Zentralbank, etwa 200 Mrd Euro, die bei der SWIFT-Zentrale in Brüssel eingefroren sind. Diese werfen sogar jedes Jahr etwa 3 Milliarden Euro Zinsen ab. Die Guthaben der Russen zu enteignen, traut man sich noch nicht, aber die Zinsen glaubt man nach eigenem Rechtsverständnis, für sich und die Ukraine vereinnahmen zu können. Neunzig Prozent von diesen 3 Mrd. Zinsen sind vorgesehen für Wafenkäufe zugunsten der Ukraine.

Das ist aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein angesichts umfangreicher Pläne zur Aufrüstung in den EU-Staaten. Die Rede ist von 100 Mrd. Euro. Diese Summe war erstmals von der estnischen Ministerpräsidentin Kaja Kallas ins Gespräch gebracht worden. Sie hatte im Dezember letzten Jahres gemeinsame Verteidigungsanleihen vorgeschlagen, die von der EU ausgegeben werden sollen. Dieselbe Summe hatte dann EU-Kommissar Thierry Breton zu Beginn des Jahres für die Schaffung eines „riesigen Verteidigungsfonds“<sup>[12]</sup> gefordert.

Zwar haben schon seit 2014 die europäischen Staaten ihre Verteidigungsausgaben erhöht, aber mit dem Beginn des Kriegs in der Ukraine stiegen diese noch einmal um 20 Prozent von „220 Milliarden im Jahr 2022 auf 290 Milliarden Euro im vorigen Jahr“<sup>[13]</sup>. Jedoch entspricht dieser Betrag nur 1,5 Prozent der Wirtschaftsleistung aller EU-Staaten.

Sollen die anvisierten 2 Prozent erreicht werden, so müssen noch einmal 100 Milliarden Euro jährlich lockergemacht werden. Kein Wunder also, dass man da nach „innovativen Quellen“ Ausschau halten muss angesichts der großen Vorhaben und der angespannten Haushaltslage in den europäischen Staaten.

## Beim Geld hört die Freundschaft auf

Die Uneinigkeit unter den europäischen Staaten über die Finanzierung der Aufrüstung ist groß. Man ist sich nicht nur uneins, wie diese Aufrüstung finanziert werden soll, sondern auch ob sie überhaupt im Einklang steht mit den Europäischen Verträgen und ihren Grundsätzen. Klar aber ist, dass zur Durchführung dieses Vorhabens, die

Rüstungsindustrie „beseren Zugang zu öffentlicher und privater Finanzierung haben muss“<sup>[14]</sup>, das heißt: mehr Geldquellen.

Zur Umsetzung der Finanzierung stehen zwei Ansätze zur Diskussion. Einer davon ist die Ausgabe von EU-Anleihen, die dann durch die Einzelstaaten besichert werden müssen. Diese Lösung wird besonders von Frankreich gefordert, von Deutschland hingegen strikt abgelehnt mit dem Hinweis, die „EU sei kein Bundesstaat“<sup>[15]</sup>, in dem die Schulden des einen von anderer Seite ausgeglichen werden. Gerade angesichts der enormen Verschuldung Frankreichs wäre das ein hohes Risiko.

Eine andere Überlegung ist die Einschaltung der Europäischen Investitionsbank (EIB). Diese ist aber nicht unproblematisch. Denn bisher besteht der Förderauftrag der Bank nur im Bereich ziviler oder Dual-use-Projekte, also solchen die sowohl zivilen als auch militärischen Charakter haben. Die Erhöhung der Rüstungsausgaben ist aber ein eindeutig militärisches Vorhaben ohne zivile Komponente. Das ist nicht allein Willenssache, sondern hat auch praktische Hintergründe.

Die Kapitalgeber der EIB als Hausbank der EU sind die Einzelstaaten. Sie legen die Richtlinien der Verleihpraxis der Bank fest, die bisher ausgerichtet war auf die ausgewogene Entwicklung des EU-Binnenmarktes. Das aber trifft auf die Aufrüstung der EU nicht zu. Zudem sind Österreich, Malta, Irland und Zypern keine NATO-Mitglieder, sodass das 2-Prozent-Gebot der NATO für sie nicht maßgeblich ist, das sie aber mitfinanzieren müssten.

Doch selbst für manche NATO-Staaten der EU sind die Schwerpunkte anders. Die Länder des europäischen Südens befürchten eine Verlagerung der Finanzierung zu ihrem Nachteil von der Förderung von Klimaprojekten hin zur Stärkung von Rüstungsausgaben. Denn manchen Ländern macht der „Klimawandel mehr Sorgen als der Krieg in der Ukraine“<sup>[16]</sup>, wie es ein spanischer Vertreter unumwunden aus-

Sitz der EIB in Luxemburg - Foto: Wikipedia



drückte.

Selbst wenn sich die EU-Staaten auf eine Regelung einigen könnten, wie die Aufrüstung mit den Vorschriften der EIB in Einklang zu bringen wäre, so wäre damit immer noch die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der Wirt sind die Investoren an den Finanzmärkten. Bisher genießt die EIB dort ein TOP-Rating, was ihr das Geld der Anleger zu günstigen Konditionen verschafft. Dieses könnte aber gefährdet sein, wenn die EIB nun Waffenproduktion finanziert. Denn „wer Krieg finanziert, steigert das Risiko“<sup>[17]</sup>.

In vielen Investment-Produkten institutioneller Anleger sind Ausgaben für Waffenproduktion ausgeschlossen. Diese Fonds dürften dann nicht mehr bei der EIB investieren, womit ein beträchtlicher Kundenstamm ausfallen würde. Oder aber die Staaten der EIB als Eigentümer müssten ihre Einlagen bei der Bank erhöhen. Das jedoch dürfte angesichts der ohnehin schon knappen Kassen schwierig umzusetzen sein.

Nun träumen viele vom Rückgriff auf die eingefrorenen russischen Vermögen. Doch davor warnt besonders die EZB. Man würde die Büchse der Pandora öffnen und Präzedenzfälle schaffen, die auf die EU selbst zurückfallen könnten. Denn gerade die Sicherheit von Anlagen in der EU machen deren Beliebtheit bei ausländischen Investoren aus. Zudem haben auch EU-Staaten Geld im Ausland angelegt, das eingefroren werden könnte. Hinzu kommen andere europäische Vermögenswerte wie die überall in der Welt getätigten Investitionen in Produktionsanlagen, die nicht so einfach nach Hause geholt werden können.

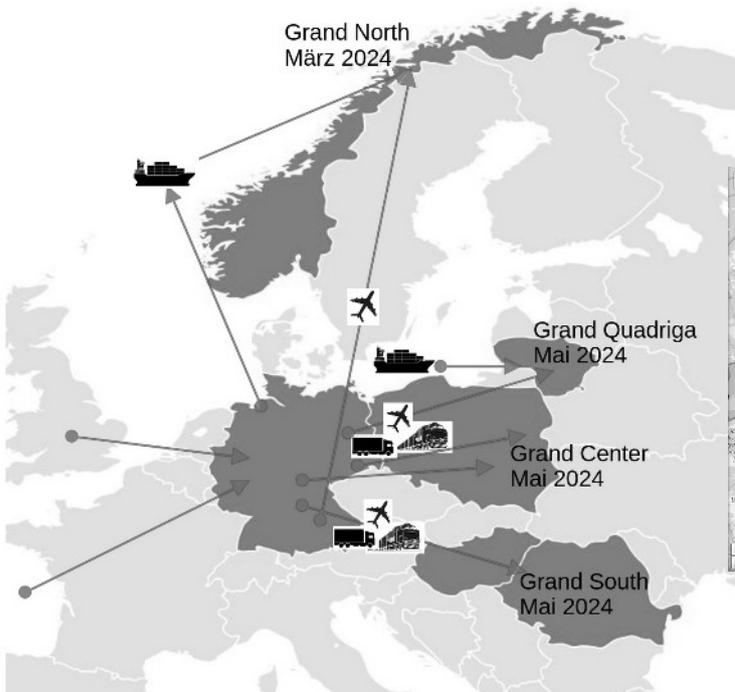
Quelle: Overton-Magazin (11.4.24)  
Quellenhinweise siehe Online-Fassung

## Europaweite Mobilität der NATO

Fact Sheet zu den NATO-Manövern 2024: *Quadriga* und *Defender*

Vorliegendes Fact Sheet soll anhand von Basisdaten Hilfeleistung geben für Aktionen vor Ort gegen die innere und äußere Militarisation. Deshalb sind zu den genannten Standorten auch die **Geodaten** hinterlegt, damit eigene Recherchen möglich ist. Die Geodaten dienen zur Kartendarstellung in **Openstreetbrowser** (mit Kennzeichnung militärischer Sperrgebiete) und zur Identifizierung mit Satellitenbildern in **Google Earth** (inkl. historischen Aufnahmen zum Vergleich) oder einfacher auch in **Google Maps**.

Eine Standortsammlung findet sich auf dieser Basis unter <https://visualbases.org> – zumeist ergänzt mit Quellenverweisen wie **Wikipedia**.



Quadriga-Truppenverlegungen 2024 (Quelle: bundeswehr.de)  
Quadriga ist der deutsche Beitrag zu Steadfast Defender 2024

### NATO-Manöver - eine kleine Chronik

#### Steadfast Defender (Defender-Europe 24):

40.000 Soldaten sollen aus den USA eingeflogen werden, weitere 20.000 Soldaten aus Großbritannien. Eingesetzt werden sollen ca. 50 Marineschiffe, 80 Transportflugzeuge und 1.100 Kampffjets.

**Air Defender 23** (Juni 2023): Größtes NATO-Luftmanöver aller Zeiten | Luftübungsräume in verschiedenen Regionen Deutschlands | beteiligt: 24 Nationen inkl. Nicht-NATO-Länder

#### Defender-Europe 23:

9.000 US-Soldaten und 17.000 Soldaten aus 26 (NATO)-Partnerstaaten verteilt auf 10 europäische Länder.

#### Defender Europe 22:

8.600 Soldaten, davon 3.400 aus den USA | Übungen verteilt auf 11 europäische Länder, Einrichtung von Logistikzentren in Osteuropa

**Defender-Europe 21** (März bis Juni 2021): vor allem in Estland, Bulgarien, Rumänien, Kosovo

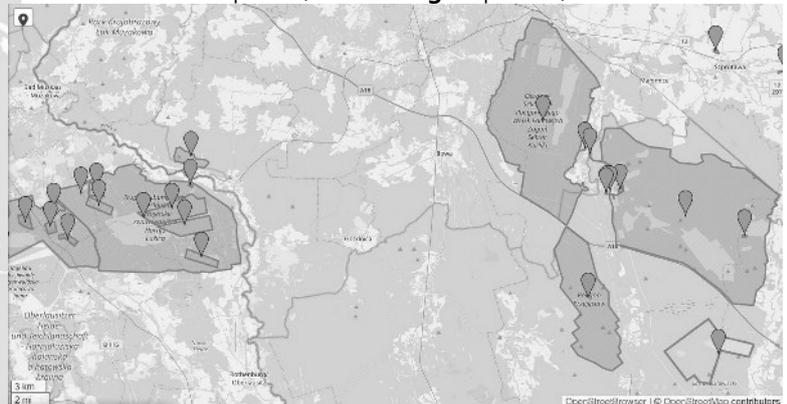
**Defender 20** ursprünglich konzipiert als größte US-Truppenverlegung nach Europa seit 25 Jahren, Material- und Truppenbewegungen u.a. zu Übungsplätzen in Deutschland, Polen und Litauen.

### Große Truppenübungsplätze als Zielorte

Deutschland: **Grafenwöhr** | 49.70, 11.90

Litauen: **Rukla** | 55.01, 24.39

Polen: **Drasko** | 53.43, 15.76 - **Zagan** | 51.54, 15.35



Rumänien: **Cincu / Großschenk** | 45.95, 24.83

Truppenübungsplätze Oberlausitz und Zagan in Polen

### Kommandozentralen für NATO-Manöverlogistik in Deutschland

**Rostock:** Hauptquartier Baltic Maritime Component Command | 54.18, 12.12

**Berlin-Reinickendorf:** Territoriale Führungskommando der Bundeswehr | 52.556, 13.32

**Wiesbaden-Erbenheim:** Hauptquartier US Army Europe | 50.04, 8.33

**Kaiserslautern:** 405th Army Field Support Brigade | 49.446, 7.812

**Ulm:** Multinationales Kommando Operative Führung | 48.417, 9.983

### Zivile Häfen und militärische Infrastruktur für Materialtransporte

**Bremerhaven:** (US-)950th Transportation Company | 53.584, 8.569

**Hamburg-Steinwerder:** (Bw-)Werftfliegerunterstützungszug Hamburg | 53.536, 9.97



Bilder: Werbekampagne der Deutschen Reichsbahn 1942 und 1943.  
Quelle: Wikipedia

### Militärische Nutzung des Schienennetzes

Deutschland ist rückständig im Bahn-Schienennetz, das nur zu weniger als zwei Drittel elektrifiziert ist. Zugleich gilt dieses aber als „kriegstüchtig“, weil mit den Tausenden von Dieselloks der Deutschen Bahn auch bei Lahmlegung des Stromnetzes noch militärische Transporte möglich sind. Besonders hoch der Anteil nicht-elektrifizierter Strecken in Sachsen.



Bradley-Kampfpanzer beim Verladen auf einen Schwertransport-Lkw der Bundeswehr auf der Coleman Worksite in Mannheim für den Einsatz in Grafenwöhr im Rahmen des „Host Nation Support“ der Bundeswehr. Foto: U.S. Army / Jason Todd, 15.3.2023

### Militärbasen als Convoy Support Center (CSC)

An diesen Standorten als Zwischenstationen bei Truppenbewegungen erfolgt eine umfassende logistische Unterstützung durch Einheiten der Bundeswehr, zunehmend auch mit zivilen Vertragspartnern. Bundeswehr-Standorte, die bisher dafür genutzt wurden, sind z.B.:

Niedersachsen: **Garlstedt** | 53.27, 8.67

Sachsen-Anhalt: **Burg** | 52.24, 11.87

Brandenburg:

Truppenübungsplatz **Lehning** | 52.25, 12.74

Sachsen: **Oberlausitz** | 51.45, 14.83 -

**Frankenberg** | 50.91, 13.05

Zunehmend werden aber auch zivile Standorte dafür integriert, z.B. in Alsfeld auf dem Gelände der Hessenhalle (März 2024).

### Zivil-militärische Zusammenarbeit

Bei NATO-Manövern erfolgt zunehmend eine Einbindung von zivilen Institutionen, wie Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Bundespolizei, Deutscher Feuerwehrverband, Technisches Hilfswerk (THW), Malteser, Johanniter Unfallhilfe, Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG).

### Ausbau von Militärbasen in Osteuropa

Nur beispielhaft seien hier genannt:

Litauen: Gaižiūnų poligonas, **Rukla** | 55.023, 24.3845

Polen: **Powidz** | 52.384, 17.855

Rumänien: Mihail Kogălniceanu, **Konstanza** | 44.36, 28.47  
Modellzeichnung des neuen Logistikzentrums der U.S. Army in Powidz.



Im Hintergrund : Start- und Landebahn der 33rd Air Base Foto: U.S. Army

### Widerstand vor Ort

An vielen Orten weltweit gibt es Widerstand gegen Militärpräsenz sowie den Ausbau von Militärbasen und Truppenübungsplätzen. Beispielhaft seien hier genannt:

Deutschland: **Stuttgart** Kelley Barracks / Africom | 48.725, 9.179 - Patch Barracks / EUCOM | 48.736, 9.081

**Ramstein** (Stopp Air Base Ramstein) | 49.44, 7.60

Montenegro: **Sinjajevina** | 42.96, 19.33

Japan: **Henoko** Camp Schwab (Peace for Okinawa Coalition) | 26.52, 128.04

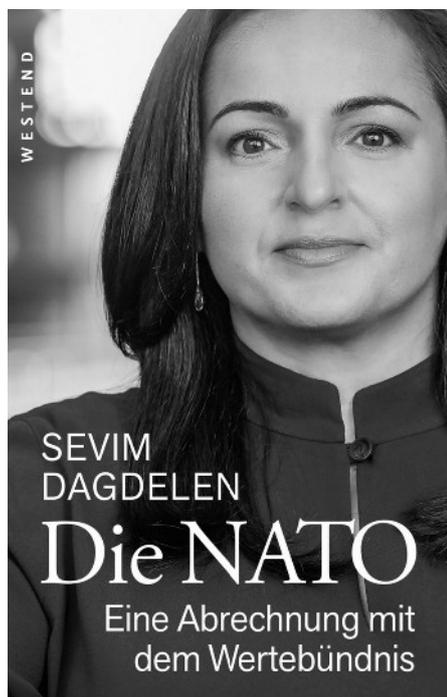
Infos zu Manövern und geplanten regionalen Aktionen unter <https://antidef20.de> - [https://friedensbuendnis-norddeutschland.de/aufreueung\\_im\\_norden.html](https://friedensbuendnis-norddeutschland.de/aufreueung_im_norden.html)  
<https://friedensratschlag.de>

Fact Sheet erstellt von:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.

## NATO-Selbstverständnis im Faktencheck

Sevim Dagdelen: *Die NATO – Eine Abrechnung mit dem Wertebündnis*, Westend-Verlag, 128 Seiten, 16 Euro, erschienen am 7.4.2024



*Die NATO begeht im Jahr 2024 ihren 75. Geburtstag und scheint auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Mehr als jemals zuvor setzt die Nordatlantik-Vertragsorganisation auf Expansion. In der Ukraine führt die NATO einen Stellvertreterkrieg gegen Russland in Reaktion auf dessen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg: Der Militärpakt beteiligt sich mit der Ausbildung ukrainischer Soldaten an NATO-Waffen, mit massiven Waffenlieferungen, Geheimdienstinformationen und der Bereitstellung von Zieldaten sowie eigenen Soldaten vor Ort.*

aus der Einleitung des Buches

Die Bundestagsabgeordnete und engagierte Außenpolitikerin (bisher „Die Linke“, inzwischen Bündnis Sahra Wagenknecht) beginnt ihre engagierte Analyse des westlichen Militärbündnisses mit der Entzauberung dreier Mythen, die die NATO stets als ihr Selbstverständnis vor sich herträgt:

1. Sie stünde für Verteidigung und Völkerrecht,
2. sie kämpfe für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit,
3. ihr Ziel seien eine Wertegemeinschaft und die Menschenrechte.

Mit einem Blick auf die Geschichte widerlegt sie diese immer wieder propagierten hehren Grundsätze, indem sie auf die zahllosen Beispiele verweist, die das Handeln des Bündnisses charakterisieren: Schon bei der Gründung wurde das faschistische Salazar-Regime Mitglied; die Türkei war immer wieder gekennzeichnet durch Phasen der Diktatur und der massenhaften systematischen Folter; das barbarische Militärregime in Griechenland blieb willkommenes Mitglied im „Wertebündnis“; ganz zu schweigen von den Völkerrechtsbrüchen und Menschenrechtsverletzungen in den Kriegen in und gegen Afghanistan, Irak, Libyen, der Einrichtung des Folterlagers Guantanamo in rechtsfreien Raum, die weltweiten „rendition flights“, mit denen – unter Beteiligung der Bündnispartner – Gefangene und Entführte in Foltergefängnisse verbracht wurden.

Längst vergessen scheint in unserer schnelllebigen Zeit der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien, an dem sich Deutschland massiv beteiligte und der die Neuordnung des Balkan einschließlich der Schaffung des Staates Kosovo zur Folge hatte.

In der Tradition dieser aggressiven Politik, die den Interessen der USA dient und in der die Bündnispartner nur Vasallen sind, sieht Dagdelen auch den Krieg in der Ukraine, der durch die Osterweiterung der NATO gegen den Zwei-plus-Vier-Vertrag verstieß, welcher die „Wiedervereinigung“ und Unabhängigkeit Deutschlands ermöglicht hatte.

So gerät der Krieg in der Ukraine zu dem, was er tatsächlich ist: Einem Stellvertreterkrieg der USA in Europa, der gezielt eskaliert wurde, Möglichkeiten eines Verhandlungsfriedens wurden sabotiert. Dieser Krieg, der zwar in die globalstrategischen Interessen einiger US-Eliten passen mag, ist allerdings keineswegs im Interesse der westeuropäischen Staaten. So spitzt sich die Frage nach den langfris-

tigen Folgen dieses Krieges zu: Wird er nicht zur Überdehnung der Macht der USA führen (S. 36)?

Allein die ersten Kapitel dieses Buches öffnen eine Vielzahl von Fragestellungen, die weitere Diskussion und Vertiefung fordern: Ist dieser Krieg nicht auch ein Krieg gegen EU-Europa, das sich in seiner Vasallentreue zumindest ökonomisch ruiniert? Kann dieser Krieg schier endlos fortgeführt werden, ohne den Bestand der EU zu gefährden? Welches sind die langfristigen, globalen Ziele der USA?

Dies und weitere Fragen über zukünftige weltweite Entwicklungen wie insbesondere das Aufbegehren des globalen Südens werden in den folgenden Kapiteln angerissen. Diese entwerfen geradezu ein Forschungsprogramm, das noch abzuarbeiten wäre, um tragbare Hypothesen für die Weiterentwicklung der Welt zu erhalten und kluge Politik zu entwickeln, die unseren einen Planeten vor einer möglichen (nuklearen) Selbstzerstörung bewahren könnte.

In der Folge wendet sich Dagdelen Deutschland zu und verdeutlicht, wie sehr „Zeitenwende“ und „Kriegstüchtigkeit“ auch unsere Ökonomie zu überdehnen drohen. Stattdessen wären Abrüstung und Vertrauensbildung echte und dringende Sicherheitspolitik.

Wie sehr Vokabeln wie Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Demokratie nur das Schaufenster des Bündnisses dekorieren, wird deutlich in Kapiteln über NATO-eigene terroristische Organisationen wie Gladio, der engen Kooperation mit Saudi-Arabien oder der Türkei ebenso wie in der Verfolgung von Julian Assange. Das hier gezeichnete, realistische Tableau des Bündnisses führt geradezu zwingend zu der Aufforderung, Widerstand zu leisten gegen die im Gang befindliche Weltkriegspolitik, denn „Wir brauchen Frieden statt NATO“.

Werner Ruf

## Ostermarsch in Stuttgart

*Auszüge aus dem Redetext von Wiltrud Rösch-Metzler, pax christi Diözesanvorsitzende Rottenburg-Stuttgart*

Was hat die Friedensbewegung in letzter Zeit erreicht?

Wir haben erreicht, dass der 500 Kilometer reichende Taurus-Marschflugkörper nicht geliefert wird und diese Eskalationsmöglichkeit des Krieges aus dem Spiel genommen ist.

Wir haben erreicht, dass die Regierungspartei SPD über ein Ende des Krieges gegen die Ukraine nachdenkt.

Wir haben erreicht, dass nach sechs Monaten Bombardierungen in Gaza, die Bundesregierung einen Waffenstillstand fordert.

Das ist wenig. Anderen ist das schon zu viel. Es ist denen zu viel, die derzeit an militärische Aufrüstung glauben und daran, dass Waffen unsere Lebensweise schützen können. [...]

Damit viele diesen Kurs mitmachen, müssen Feindbilder geschaffen, Ängste geschürt werden. Der Feind ist, wie beim jetzigen Nato-Manöver: Russland. Der Feind ist abgewirtschaftet, korrupt, böse. Gleichzeitig aber ist er mächtig, bedroht Europa und die ganze Welt. Der übernächste Feind ist China.

Ist es nicht ein Irrglaube, dass Gewalt gegen Gewalt hilft, sie ausschaltet und das Böse besiegt? Was ist denn das Ergebnis von 20 Jahren Militärintervention der Bundeswehr in Afghanistan? Tote Soldaten, tote Zivilisten, ein Land, in dem die Mehrheit der Menschen hungert und das wie vor der Besetzung wieder von den Taliban regiert wird. Fehler am Afghanistan-Krieg räumt inzwischen auch die Enquetekommission des Bundestages ein, die die 20 Jahre Militäreinsatz bis Juli aufarbeiten soll.

Unsere Zivilisation hat vieles geschafft. Sie hat Sklaverei und Prügelstrafe abgeschafft. Warum nicht Kriege? Warum hören wir Wuttiraden, Schmähungen, Distanzierungen sobald jemand das Töten beenden möchte, etwa als Papst Franziskus sagte, wer den ersten Schritt zum Verhandeln wähle ist mutiger als der andere. Und ermutigte: „Schämen Sie sich nicht, zu verhandeln... Verhandeln ist niemals Kapitulation.“ [...]

Eine bedingungslose Unterstützung einer kriegführenden Seite wie sie die Bundesregierung im Gaza-Krieg nach

dem 7. Oktober 2023 praktizierte, führt in die Sackgasse.

Wir trauern um die Toten des Hamas-Massakers vom 7. Oktober in Israel. Wir fordern, dass die Verantwortlichen dem Internationalen

Strafgerichtshof überstellt werden und die Geiseln frei gelassen werden. Wir fordern ein sofortiges Ende des Gaza-Krieges mit mittlerweile über 32.000 Toten, darunter 14.000 Kinder und die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen. Das Leid muss für alle enden.

Nicht einverstanden sind wir damit, dass die Regierung weiter Waffen an Israel liefert. Mit ihrer militärischen Zusammenarbeit unterstützt sie eine rechte israelische Regierung, die offen sagt, dass sie das ganze Gebiet zwischen Jordan und Mittelmeer beansprucht, from the river to the sea.

Nicht einverstanden sind wir, dass die Bundesregierung Zuwendungen an das UN-Flüchtlingshilfswerk für die Palästinenser UNRWA in Gaza gestoppt hat. Trotz Hungersnot. Am 7. März wurde der Tod von bereits 17 Kindern gemeldet, die an Unterernährung gestorben sind. [...]

Was die Bundesregierung erreicht hat, ist peinlich: Die Mehrheit der Länder der Welt hat die Achtung vor Deutschland verloren zuletzt wegen seiner bedingungslosen Solidarität mit der israelischen Besatzung und Kriegführung. Die Wählerinnen und Wähler in Deutschland möchten eine andere Nahost-Politik.

So halten 69 Prozent der Bevölkerung in Deutschland laut ZDF Politbarometer das militärische Vorgehen Israels im Gazastreifen für nicht gerechtfertigt. Was ist das nur für eine Staatsräson, der neben der Sicherheit für jüdische Israelis die Sicherheit der Palästinenser egal ist?



Foto: Friedensnetz Baden-Württemberg, 30.3.2024

Alles Antisemiten? Im vergangenen Jahr galt noch derjenige als Antisemit, der einen Waffenstillstand für Gaza forderte, weil er angeblich das Selbstverteidigungsrecht Israels verneinte.

Heute diejenige, die von Apartheid spricht. Vielleicht gehört auch der ehemalige Mossad-Chef Tamir Pardo dazu. Er sagte: „Wir haben hier einen Apartheid-Staat. In einem Gebiet, in dem zwei Menschen nach zwei Rechtssystemen beurteilt werden, ist das ein Apartheidstaat.“ Die Antisemitismusbehörden in Bund, Ländern, der evangelischen Kirche etc. sind fleißig dabei, Kritik an israelischer Regierungspolitik als antisemitisch abzustempeln. [...]

Friedensbewegung braucht es, damit zwischen Antisemitismus und Kritik an israelischer Regierungspolitik unterschieden wird.

Friedensbewegung braucht es, damit Kriegspropaganda aufgedeckt wird.

Friedensbewegung braucht es, damit jemand auf ein Ende des Krieges drängt.

Friedensbewegung braucht es, damit jemand überlegt, wie Krieg beendet werden kann.

Friedensbewegung braucht es, damit Steuergeld nicht in den Tod investiert wird.

Friedensbewegung braucht es, damit jemand auf Verteilungsgerechtigkeit pocht.

Friedensbewegung braucht es, damit nach dem Krieg noch jemand da ist, der die Hand zur Versöhnung ausstreckt.

## 600 Bundesbeamte fordern von Bundesregierung: Waffenlieferungen an Israel umgehend einstellen!

**600 Bundesbeamte und Angestellte des öffentlichen Diensts haben einen Brief an die Bundesregierung geschrieben, damit diese ihre Politik ändert (veröffentlicht am 7.4.2024).**

Sehr geehrter Bundeskanzler Olaf Scholz, sehr geehrter Wirtschaftsminister Robert Habeck, sehr geehrte Außenministerin Annalena Baerbock, sehr geehrter Justizminister Marco Buschmann, sehr geehrter Finanzminister Christian Lindner, sehr geehrte Entwicklungsmministerin Svenja Schulze,

wir richten uns an Sie, weil wir als Bundesbeamtinnen und Angestellte im öffentlichen Dienst den Fundamentalprinzipien des Grundgesetzes verpflichtet sind. Art. 25 Satz 1 GG erteilt einen generellen Rechtsanwendungsbefehl in Bezug auf das Völkerrecht. Diese Vorschrift bewirkt nach Aussage des BVerfG, dass *„die allgemeinen Regeln des Völkerrechts ohne ein Transformationsgesetz, also unmittelbar, Eingang in die deutsche Rechtsordnung finden und dem deutschen innerstaatlichen Recht im Range vorgehen.“* Israel begeht in Gaza Verbrechen, die im evidenten Widerspruch zum Völkerrecht und damit zum Grundgesetz stehen, dem wir als Bundesbeamtinnen und Angestellte im öffentlichen Dienst verpflichtet sind. Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt politisch, wirtschaftlich und militärisch die völkerrechtswidrige Politik Israels in Gaza und den weiteren völkerrechtswidrig besetzten palästinensischen Gebieten. Es ist daher unsere Pflicht als Beschäftigte des Bundes, diese Politik der Bundesregierung zu kritisieren und daran zu erinnern, dass die Bundesregierung strikt die Verfassung und das Völkerrecht zu beachten hat.

Fast sechs Monate ununterbrochener und exzessiver militärischer Gewalt seitens der israelischen Besatzungsarmee (IOF) gegen die palästinensische Zivilbevölkerung haben zu insgesamt über 100.000 Verletzten, Vermissten und Getöteten Menschen; über 1,9 Mio. Vertriebenen und zur vollständigen Zerstörung des Gazastreifens geführt. Die auf den Angriff der Hamas auf Israel am 07.10.2023 folgende Militäroffensive,

die die israelische Regierung als *„Selbstverteidigung“* deklarierte, ist in dem Ausmaß der Zerstörung in dieser kurzen Zeit einzigartig und so massiv, dass der Internationale Gerichtshof (IGH) mit Beschluss vom 26.01.2024 die Gewaltakte der IOF als *„plausible Akte des Völkermords“* einstufte und vorläufige Maßnahmen gegen Israel zur Abwendung des sich bereits zu diesem Zeitpunkt abzeichnenden Völkermordes der israelischen Regierung an der palästinensischen Zivilbevölkerung anordnete.

Der IGH entschied u.a., dass humanitäre Hilfe für die hungernde Bevölkerung in Gaza ermöglicht werden müsse, sowie, dass Anstachelung zum Völkermord unterbunden und bestraft werden muss. Das Argument, die Hamas würde Zivilistinnen als menschliche Schutzschilde einsetzen, rechtfertigt nicht den Einsatz dieser exzessiven Gewalt. Dieser Auffassung schlossen sich 15 von 16 IGH-Richterinnen an, darunter auch der angesehene israelische Richter Aharon Barak.

Die israelische Regierung lässt seit Beginn ihrer Militäroffensive nahezu keine lebensnotwendigen Lebensmittellieferungen in den Gazastreifen, begeht damit Verbrechen gegen die Menschlichkeit und verursacht gezielt den Hungertod von hunderttausenden im Gazastreifen festgehaltenen Palästinenserinnen. Israel benutzt den Hunger gezielt als Kriegswaffe! Bereits am 10. Oktober 2023 bezeichnete Human Rights Watch daher den Gaza-Streifen als eine humanitäre Katastrophe. 70 % der getöteten Palästinenserinnen sind Frauen und Kinder, was UNICEF daher am 19.01.2024 als einen *„israelischen Krieg gegen Kinder“* bezeichnete. Es sind zu viele dokumentierte Kriegsverbrechen seitens der israelischen Soldatinnen als das wir sie alle aufzählen könnten: sexualisierte Gewalt gegen palästinensische Frauen und Mädchen, Folter an Gefangenen, Phosphorbomben, die gezielte Zerstörung ziviler und humanitärer Einrichtungen sowie die gezielte Tötung von Mitarbeitenden von Hilfsorganisationen, Gesundheitspersonal und Journalistinnen etc. Allein in den

ersten drei Monaten der Offensive im Gazastreifen hat Israel mehr als 45.000 Bomben eingesetzt. Dies entspricht vom Gewicht und der Zerstörung her mehr als drei nuklearen Bomben, die über Hiroshima von den USA abgeworfen wurden.

Der Gazastreifen ist ein abgeriegeltes Territorium, aus dem niemand heraus oder hinein gelangt ohne die Erlaubnis der israelischen Regierung. Das israelische Ziel war daher von vornherein klar: Die absolute Zerstörung des Gazastreifens mit so vielen zivilen Opfern wie möglich. Die ranghöchsten israelischen Amtsträger haben ihre Ankündigungen der ersten Tage nach dem 7. Oktober 2023 innerhalb der letzten knapp sechs Monate in die Tat umgesetzt:

> *„Wir werden Gaza in eine einsame Insel verwandeln.“* Benjamin Netanyahu, Premierminister von Israel

> *„Der Schwerpunkt liegt auf dem Schaden und nicht auf der Genauigkeit.“* Daniel Hagari, Konteradmiral der Verteidigungsstreitkräfte Israels

> *„Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir handeln entsprechend.“* Yoav Gallant, israelischer Verteidigungsminister

> *„Das Einzige, was in den Gazastreifen gelangen sollte, solange die Hamas die von ihr festgehaltenen Geiseln nicht freilässt, ist nicht ein Gramm humanitäre Hilfe, sondern Hunderte von Tonnen Sprengstoff der Luftwaffe.“* Itmas Ben-Gvir, Minister für öffentliche Sicherheit in Israel

> *„Menschliche Tiere müssen als solche behandelt werden. Ihr wolltet die Hölle, ihr werdet die Hölle bekommen.“*, Ghassan Alian, Leiter der Militärkoordination Israel

Befeuert von diesen menschenverachtenden Aussagen begehen israelische Soldat\*innen tagtäglich Kriegsverbrechen ungeheuerlichen Ausmaßes, die gefilmt und online von diesen geteilt werden, auch weil sie keinerlei Sanktionierung zu befürchten haben. James Elder, UNICEF-Sprecher, sagte am 22.03.2024: *„Die Tiefe des Grauens übersteigt unsere Fähigkeit, es zu beschreiben (...) Es ist eine vollständige Vernichtung“.*

Am 18.03.2024 meldete Reuters die Tötung von über 13.000 Kindern und über 31.000 getötete Menschen insgesamt. Tausende werden vermisst und befinden sich noch immer unter den Trümmern, aus denen sie nicht geborgen werden können und lebendig begraben sind.

Am 9. November 2023 bezeichnete der Generalsekretär der Vereinten Nationen Antonio Guterres den Gazastreifen als den „größten Friedhof für Kinder“. Der hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borell, konstatierte am 18.03.2024, dass „der Gazastreifen vor dem 7. Oktober 2023 das größte Freiluftgefängnis der Welt war, seit dem 7. Oktober 2023 ist es der größte Freiluftfriedhof der Welt.“

Die Verbrechen des israelischen Militärs erstrecken sich auch ungestraft über den Gazastreifen hinaus. Im Westjordanland wurden seit dem 7. Oktober 2023 mehr als 350 Palästinenserinnen getötet und mehr als 5.000 Palästinenserinnen gefangen genommen. Damit war 2023 das tödlichste Jahr für Palästinenserinnen im Westjordanland seit dem Jahr 1948, der Staatsgründung Israels, bei der 750.000 Palästinenserinnen aus ihren Häusern vertrieben wurden und etwa 15.000 Palästinenserinnen getötet wurden.

Vor dem 7. Oktober 2023 wurden allein im Jahr 2023 mehr als 300 Palästinenserinnen, über 150 davon Kinder, durch die israelische Armee getötet. All diese Verbrechen geschehen in einem rechtsfreien Raum, ohne dass Israel Sanktionen zu befürchten hätte. Das ist kein demokratisches Handeln innerhalb eines funktionalen Rechtsstaates.

Israel ist ein Apartheidsstaat, das der israelischen Bevölkerung Demokratie gewährt, während die nach internationalem Recht illegal besetzte palästinensische Bevölkerung systematisch und strukturell entrechtet wird.

Die israelische Regierung hat weder den Beweis angetreten, dass sie die Bestimmungen aus dem Beschluss des IGH vom 26.01.2024 umgesetzt hat, noch ist sie der kürzlich verabschiedeten Resolution des VN-Sicherheitsrates vom 25.03.2024 mit Anordnung zu einem sofortigen Waffenstillstand nachgekommen.

Die vorsätzliche Missachtung internationalen Völkerrechts durch Israel er-

folgte sogar mit Ansage durch dessen Premierminister Benjamin Netanjahu, der am 14.01.2024 verkündete:

„Niemand wird uns aufhalten – nicht Den Haag, nicht die Achse des Bösen und auch sonst niemand“. Trotz dieser Absichtserklärungen liefert die Bundesregierung weiterhin Kriegswaffen nach Israel und verletzt damit eigene Vergaberichtlinien und verstößt eklatant gegen internationales Völkerrecht.

Der 7. Oktober 2023 wird als isoliertes Ereignis gesehen und daraus ein Selbstverteidigungsrecht Israels abgeleitet, ohne die über 75 Jahre andauernde israelische Besatzung, Ausbeutung und Unterdrückung der palästinensischen Zivilbevölkerung anzuerkennen und zu kontextualisieren.

Unsere Pflicht, der völkerrechtswidrigen Politik der Bundesregierung entschieden zu widersprechen, leitet sich nicht zuletzt auch aus § 60 Bundesbeamtenengesetz in Verbindung mit Art. 25 GG sowie der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes und der Eilrechtsschutzentscheidung des IGH vom 26.1.2024 ab. Wir beziehen uns mit diesem Schreiben auch auf die „Erklärung der transatlantischen Beamtinnen zu Gaza: Es ist unsere Pflicht, uns zu äußern, wenn die Politik unserer Regierungen falsch ist“, veröffentlicht am 2. Februar 2024.

Mit dem Schlagwort der „Staatsräson“ wird ein vermeintlich juristischer Begriff kreiert, der sich weder definieren lässt noch irgendwo gesetzlich oder verfassungsrechtlich verankert ist. Dieser Begriff wird sodann zur Rechtfertigung der eigenen Politik immer wieder herangezogen und hat damit die bedingungslose Unterstützung eines Unrechtsstaates zur Folge.

Insbesondere muslimische Mitbürgerinnen werden von der Bundesregierung unter Generalverdacht gestellt und gezwungen, sich zu Israel zu bekennen oder andernfalls zu Unrecht als Antisemit\*innen an den Pranger gestellt und mit dem Entzug ihrer Grundrechte bedroht. Damit schürt die Bundesregierung Angst, anstatt den Begriff der Staatsräson zu definieren und sich dem in Deutschland festverankerten strukturellen antimuslimischen Rassismus und dem Antisemitismus ernsthaft anzuneh-

men. Sinnbildlich für diese Einseitigkeit ist die Missachtung des Bundeskanzlers der Trauer der in Deutschland lebenden palästinensischen Angehörigen. Öffentliche Beileidsbekundungen gab es von ihm nur für israelische Angehörige.

Mit Blick auf die historische Verantwortung Deutschlands im Zusammenhang mit mehreren von Deutschland in der jüngeren Geschichte begangenen Genoziden sehen wir es daher als Pflicht der Bundesregierung, hier ihrer historischen Verantwortung nachzukommen und ihre völkerrechtswidrige und einseitige Unterstützung Israels unverzüglich zu beenden und die Reputation Deutschlands, die hierdurch empfindlich Schaden davon getragen hat, wenigstens teilweise wiederherzustellen. „Nie wieder“ ist JETZT und deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, folgende Maßnahmen unverzüglich einzuleiten bzw. aktiv zu unterstützen:

1. Deutschland hat sich entschieden und unmissverständlich gegenüber Israel und allen internationalen Gremien für einen sofortigen Waffenstillstand im Gazastreifen einzusetzen;
2. Deutschland hat Waffenlieferungen an die israelische Regierung mit sofortiger Wirkung einzustellen;
3. Deutschland muss alles in seiner Macht Stehende tun, um Israel dazu zu veranlassen, Hilfslieferungen unverzüglich in den Gazastreifen zu lassen. Jede weitere Verzögerung seitens Israels muss sanktioniert werden und Deutschland muss entsprechende Maßnahmen, die in seiner eigenen Sphäre liegen auch umgehend einleiten. Dazu gehört das Einfrieren politischer wie auch wirtschaftlicher Beziehungen mit Israel.
4. Deutschland hat die Zahlungen an UNRWA im Gazastreifen mit sofortiger Wirkung wieder aufzunehmen, u.a. auch weil es bis heute keine Beweise der israelischen Regierung für ihre haltlosen Anschuldigungen gegen das VN Hilfswerk gegeben hat.
5. Schließlich muss sich Deutschland entschieden für die Anerkennung eines palästinensischen Staates innerhalb der völkerrechtlich festgelegten Grenzen aus der Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates von 1967 aktiv einsetzen.

Bedauerlicherweise werden Stimmen, die das völkerrechtswidrige und menschenverachtende Vorgehen der israelischen Regierung kritisieren, durch die Bundesregierung systematisch ruhiggestellt und Kritiker\*innen werden marginalisiert und kriminalisiert (z.B. Berlinale

2024/13, wöchentliche Demonstrationen, Soziale Medien, etc.). Auch wir befürchten im Zusammenhang mit unserer Meinungsäußerung eine Kriminalisierung und Pönalisierung, weshalb wir die Namen der Unterzeichnenden bewusst nicht offenlegen. Es

ist verstörend und eine äußerst besorgniserregende Entwicklung, dass die vom Grundgesetz geschützte Meinungsäußerungsfreiheit in Deutschland im Jahr 2023 und 2024 so sehr eingeschränkt ist, dass wir uns zu diesem Schritt veranlasst sehen.

## Beweise begraben, Zeugen zum Schweigen bringen

von Karin Leukefeld



*nem Vortrag an die Berliner Konferenz senden, sei das ein Vergehen gegen deutsches Recht. Ich liefere Gefahr, eine Geldstrafe zu erhalten oder bis zu einem Jahr im Gefängnis zu landen.*

*Dann sagte man mir, ich solle einen Rückflug nach England buchen. Mein Pass wurde mir abgenommen und ich erhielt ihn erst zurück, als ich das Flugzeug bestieg.“*

Der Mann, Ghassan Abu Sitta, dem die deutschen Behörden die Einreise verweigerten, der nicht einmal per Internet mit dem Palästina-Kongress Kontakt aufnehmen

konnte, ist verstörend und eine äußerst besorgniserregende Entwicklung, dass die vom Grundgesetz geschützte Meinungsäußerungsfreiheit in Deutschland im Jahr 2023 und 2024 so sehr eingeschränkt ist, dass wir uns zu diesem Schritt veranlasst sehen.

nommen und wird heute vom Ökumenischen Rat der Kirchen – World Council of Churches – zusammen mit der Anglikanischen Kirche in Großbritannien geleitet. Ghassan Abu Sitta ist Palästinenser mit britischer Staatsangehörigkeit. Er lebt und arbeitet in Großbritannien und wurde erst kürzlich zum Direktor der Universität Glasgow gewählt. Seine Familie wurde 1948 – im Zuge der Nakba – aus Palästina vertrieben. Sein Onkel Salman Abu Sitta, bekannt für seine Dokumentation von Palästina und Vorschläge für eine Rückkehr der Palästinenser, war damals 10 Jahre alt.

Das Verständnis von Dr. Ghassan als Arzt basiert, wie er es selbst beschreibt, auf der „palästinensischen Erfahrung, dass Gesundheit und der Akt der Befreiung in Beziehung zueinander stehen“. Dabei gehe es „sowohl um die Befreiung der Menschen als auch um die Befreiung ihres Landes“, sagt der Arzt nach seiner Rückkehr aus Gaza Anfang Dezember 2023 bei einem Vortrag in Beirut.

Schon am Abend des 7. Oktober sei ihm klar gewesen, dass ein „fürchterlicher Krieg“ bevorstand. Im Gespräch mit seiner Frau sei schnell klar gewesen, dass sein Platz in Gaza sei. Kollegen von MSF hätten ihm ein Flugticket nach Kairo (Ägypten) besorgt und am 9. Oktober sei er in Rafah gewesen, auf dem Weg nach Gaza Stadt.

Am Dienstagmorgen (10.10.2023) sei er vom Haus seiner Cousins zum Shifa-Krankenhaus aufgebrochen. In den folgenden 43 Tagen habe er in vielen Krankenhäusern im Norden, im Jabiliya-Flüchtlingslager und immer wieder im Shifa-Krankenhaus gearbeitet.

„Sehr schnell war klar, dass dieses kein Krieg wie die vorherigen war“, so Dr. Ghassan.

*„Heute Morgen um 10.00 Uhr landete ich in Berlin, um an einer Konferenz zu Palästina teilzunehmen. Wie viele andere aus Großbritannien (UK), den USA und Europa war ich gefragt worden, dort zu über die 43 Tage zu berichten, die ich in Krankenhäusern in Gaza verbracht habe.*

*Ich habe dort sowohl im Shifa-, als auch im Ahli-Krankenhaus gearbeitet. Bei meiner Ankunft wurde ich an der Passkontrolle gestoppt. Dann hat man mich in den Keller des Flughafens gebracht, wo ich 3,5 Stunden befragt wurde.*

*Am Ende dieser 3,5 Stunden sagte man mir, ich dürfe deutschen Boden nicht betreten. Dieses Verbot gelte für den gesamten April. Aber nicht nur das. Sollte ich versuchen, mich per Zoom oder FaceTime mit der Konferenz in Verbindung zu setzen, selbst wenn ich außerhalb von Deutschland sei, oder sollte ich ein Video mit mei-*

kontakt aufnehmen sollte, zu dem er als Redner eingeladen war, ist Chirurg und auf plastische Chirurgie spezialisiert.

Als Freiwilliger für *Medecins sans Frontieres* (MSF) ist Abu Sitta bereits auf vielen Kriegsschauplätzen im Einsatz gewesen. In Gaza war er bei den Angriffen der israelischen Armee 2009, 2014, 2021 und zuletzt wieder nach Beginn des Krieges am 7. Oktober 2023 tätig.

43 Tage arbeitete Ghassan Abu Sitta zunächst im Shifa-Krankenhaus in Gaza Stadt und im Ahli-Krankenhaus, auch bekannt als das „Englische Krankenhaus“ oder das „Baptistenkrankenhaus“, das älteste Krankenhaus im Gazastreifen. Gegründet wurde es 1882 von Quäkern, als Gaza und arabische Gebiete zum Osmanischen Reich gehörten.

Unter dem britischen Mandat wurde die Klinik von den Engländern über-

*„Die ungeheure Wucht des Angriffs, (...) ganze Wohnviertel verschwanden. Erst in einem Feuerball, dann in einer Staubwolke, dann waren die Wohnviertel Trümmer. In den folgenden Tagen wurde klar, was die unglaubliche Zahl von Verletzten und Toten täglich bedeuteten. Dieser Krieg war ein Völkermord, kein Krieg mit militärischen Zielen.“*

In den Kriegen, in denen er gearbeitet habe, habe er gelernt, „den Krieg durch die Verletzungen der Patienten zu verstehen“ und auch „die Waffen zu erkennen“, die diese Verletzungen auslösten. In der ersten Angriffswelle wurden Brandbomben eingesetzt und Hunderte von Verletzten wurden mit schweren Brandverletzungen eingeliefert, „50 bis 60 Prozent ihrer Körper waren verbrannt“.

Dann kam eine Welle, in der ganze Familien, mehrere Generationen einer Familie durch die Bombardierung ihrer Häuser verschwanden. Einzelne Kinder wurden in den Kliniken eingeliefert, die als einzige Überlebende von ausgelöschten Familien übriggeblieben waren. „Dann wurden Kollegen von uns getötet“, so Dr. Ghassan, oft mit ihren ganzen Familien.

Die Angriffe waren so intensiv, dass sie wie eine Vorführung wirkten.

*„Der Krieg wurde in einer Art und Weise geführt, dass es wie eine Zurschaustellung war. Die Israelis wollten klarmachen und geradezu exhibitionistisch allen zeigen, dass es für sie keine Rote Linie gab. Die Roten Linien, von denen man dachte, es gäbe sie in allen Kriegen, würden sie zertreten.“*

Bald waren die Kapazitäten des Shifa-Krankenhauses überfordert, berichtet Dr. Ghassan Anfang Dezember in Beirut. Patienten seien in das Ahli-Hospital gebracht worden, um sie dort zu operieren. In Absprache mit Kollegen sei er am Morgen des 17. Oktober dorthin gegangen, um zu operieren. Wie das Shifa-Krankenhaus sei auch das Ahli-Krankenhaus ein Flüchtlingslager geworden. Alle dachten, das Ahli-Krankenhaus sei sicher, vor allem wegen der Verbindung zur englischen Anglikanischen Kirche.

Weil so viele Operationen anstanden und er bis spät am Abend operieren musste, habe er entschieden, über Nacht im Ahli-Krankenhaus zu bleiben. In der Nacht zwischen zwei Operationen

hörten sie das Geräusch einer sich nähernden Rakete, die dann in unmittelbarer Nähe einschlug. Es folgte eine große Explosion. „Die Druckwelle war so stark, dass die Decke des Operationsaals einstürzte“, so Dr. Ghassan. Ihm sei klar gewesen, dass das Krankenhaus direkt getroffen worden war. Als er ins Freie kam, bot sich dort, wo Familien Schutz gesucht hatten, ein Bild der Verwüstung:

*„Die Rettungswagen brannten, die Autos brannten. Das Feuer erleuchtete den Hof der Klinik, der mit Körpern übersät war und mit Körperteilen. Es war offensichtlich, dass der Einschlag direkt dort war, wo die Menschen gegessen hatten.“*

In all den Jahren, die er in Kriegsgebieten gearbeitet habe, sei er nie in einem Krankenhaus gewesen, das direkt getroffen worden sei, sagt Dr. Ghassan. Doch keine Journalisten hätten mit dem Personal gesprochen, um zu berichten, was geschehen war.

Die Rakete, die eingeschlagen war, sei anders gewesen als vorherige Raketen, so der Arzt weiter. Die Art der Verletzungen wiesen auf eine Hellfire-Rakete hin, wie sie auch von Drohnen abgefeuert werden könnten. Man nenne sie „Ninja“.

Die Munition zerspringe in Scheiben, die die menschlichen Körper an vielen Stellen durchdringen könnten. Unzählige Amputationen an den Verletzten mussten vorgenommen werden, die Patienten hätten im ganzen Körper Metallsplitter gehabt. „Am Ende der Nacht hatten wir 483 Tote gezählt“, sagt Dr. Ghassan.

Ihm sei klargeworden, dass das Ahli-Krankenhaus speziell und absichtlich angegriffen worden sei. Noch am Morgen sei ihnen von der Verwaltung versichert worden, dass die Klinik sicher sei, obwohl die israelische Armee bereits zwei Raketen auf den Eingangsbereich zu dem Klinikgelände gefeuert hatte. Doch man habe die Versicherung des Bischofs in Großbritannien erhalten, der wiederum die Versicherung des britischen Außenministeriums hatte, dass das Ahli-Krankenhaus sicher sei.

Tatsächlich sei die Auswahl des Krankenhauses ein Lackmustest gewesen, so Dr. Ghassan. Die Israelis wollten die Entschlossenheit der Welt

testen. Sie wollten sehen, welche Antwort es geben würde, wenn dieses hochrangige Krankenhaus angegriffen würde. Die Reaktion sei so schwach gewesen, dass die Israelis die Antwort erhielten, die sie wollten, so der Arzt.

*„Innerhalb von Tagen begannen sie, das Gesundheitssystem im Norden von Gaza zu zerstören.“*

Vier Monate später wollte der Arzt seine Erfahrungen aus dem Gazakrieg und seine Berichte über den Krieg in Gaza auf dem Palästina-Kongress in Berlin vortragen. Die Einreise wurde ihm verboten.

Seine kurze Stellungnahme gegenüber dem Nachrichtenportal Middle East Eye (MEE) beendet Dr. Ghassan nach seiner erzwungenen Rückkehr aus Berlin (12.04.2024) mit dem Hinweis, dass Deutschland sich heute gegen den Vorwurf verteidigen müsse, Mitschuldiger in dem völkermörderischen Krieg in Gaza zu sein.

So beschreibe der Internationale Gerichtshof das dortige Geschehen. Und Deutschland verhalte sich so, wie sich ein Mittäter eines Verbrechens verhalte:

*„Sie begraben die Beweise und sie bringen die Zeugen zum Schweigen, verfolgen sie oder schüchtern sie ein.“*

Dann verweist er auf Hannah Arendt, die 1958 in ihrem ersten Vortrag, den sie in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg gehalten habe, sagte, man vermenschliche das Geschehen in der Welt und das, was in den Menschen selbst vor sich gehe, indem man darüber spreche.

*„Und indem wir darüber sprechen, lernen wir, menschlich zu sein.“*

Die freie Rede zu verhindern, sei ein gefährliches Beispiel, weil das, was in Gaza geschehe, ein gefährlicher Vorgang sei, so Ghassan Abu Sitta.

*„Wir sehen, wie sich der erste Völkermord im 21. Jahrhundert entfaltet. Dass Deutschland Zeugen dieses Völkermordes zum Schweigen bringt, verheißt für das vor uns liegende Jahrhundert nichts Gutes.“*

Quelle: [www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de)  
(15.4.2024)

## Westjordanland: Das unheilige Heilige Land - Leben zwischen Mauern



Zu einer Veranstaltung mit der christlichen Palästinenserin Faten Mukarker, die bereits am 26.1.2024 in Frankfurt am Main stattfand. Der nachfolgende Text ist die gekürzte Fassung eines Berichtes von Karl-Heinz Peil, der auf [www.frieden-und-zukunft.de](http://www.frieden-und-zukunft.de) abrufbar ist.

### Was darf in Deutschland (nicht) gesagt werden?

Faten Mukarker ist Jahrgang 1956. Sie ist griechisch-orthodoxe Christin. In Deutschland aufgewachsen, kehrte sie als 20-Jährige in ihre Heimat im Westjordanland zurück, um zu heiraten. Sie lebt in Beit Jala. hat zwei Söhne und zwei Töchter sowie 11 Enkelkinder. Beit Jala ist eine palästinensische Stadt mit mehrheitlich christlichen Einwohnern in der Nähe von Jerusalem und Bethlehem, die auch Städtepartnerschaften in Deutschland unterhält. Ihr Wohnort ist seit langen Jahren besonders stark von dem israelischen Mauerbau im Westjordanland und den damit verbundenen massiven Einschränkungen der Arbeits- und Lebensbedingungen betroffen.

Faten Mukarker spricht mit ruhiger, aber fester Stimme. Ihre Tonlage ist sachlich, aber stets mit zwar zurückhaltender, aber gerade dadurch umso packender Emotionalität. Ihr Vortrag beginnt mit dem Krieg im Gazastreifen. *„Natürlich ist es schlimm, was die Hamas am 7. Oktober gemacht hat, aber ....“*

Und dann, nach einer kurzen Pause: *„In Deutschland darf man kein Aber mehr sagen.“* Sie zieht einen Vergleich. Stellen Sie sich eine Gerichtsverhandlung vor. Der Angeklagte hat ein Familienmitglied getötet. In der Verhandlung kommt zur Sprache, dass der Angeklagte eine schwierige Kindheit und Jugend hatte: Ständige Gewalt und sexueller Missbrauch in der Familie. Der Richter erkennt schließlich in seinem Urteil leicht mildernde Umstände an.

80.000 Tonnen Bomben wurden bisher auf das wohl am dichtesten besiedelte Gebiet der Welt abgeworfen. Wie soll man die Bilder beschreiben, die man mit wenigen Klicks im Internet oder im Kabelfernsehen über den Sender Al Jazeera über die Zustände in Gaza bekommt? Sie zieht einen Vergleich: In Deutschland gebe es bei vielen Kinofilmen den Hinweis: „Für Jugendliche unter 16 Jahren nicht geeignet“. Bei den Bildern aus Gaza müsse man schreiben: „Für Menschen nicht geeignet“.

Faten Mukarker versucht, die Situation der Menschen im Gaza-Streifen mit einfachen Aussagen vorstellbar zu machen. Am 7.10. war im Gaza-Streifen noch Sommer, jetzt jedoch ist es Winter. Auch in nicht zerstörten Steinhäusern gibt es keine Heizung. Bestenfalls kann man eine Feuerstelle zum Aufwärmen schaffen, ohne Holz, sondern mit zufällig vorhandenen Kunststoffen, die beim Verbrennen Giftstoffe freisetzen. Die Brutalität des Gaza-Krieges hat auch Konsequenzen für das Leben im Westjordanland. Sie verweist darauf, dass der extremste Minister im israelischen Kabinett zuständig für die innere Sicherheit ist. Nach dem 7.10. verteilte Itamar Ben-Gvir an israelische Siedler im Westjordanland Maschinengewehre.

### Ein kurzer Streifzug durch die Geschichte

Faten Mukarker geht auf die Geschichte Israels ein. Diese beginne mit dem Österreicher Theodor Herzl, der am Ende des 19. Jahrhunderts angesichts zahlreicher Pogrome gegen Juden in vielen Ländern Europas die Idee eines säkularen jüdischen Staates entwickelt habe. Das damalige Palästina stand dabei nicht an erster Stelle, vielmehr Argentinien. Doch diese Idee zündete über Jahrzehnte hinweg nicht so richtig. Es gab zwar bereits vor mehr als 100 Jahren Immigration von Juden nach Palästina, was aber seinerzeit das friedliche und gutnachbarliche Zusammenleben nicht infrage stellte. Juden und Palästinenser sind schließlich beide Semiten, so ihr Hinweis. Erst als ein „zweiter Österreicher“ von 1933 bis 1945 seine

Politik durchsetzte, rückte Palästina in den Fokus. Nach dem zweiten Weltkrieg versuchten zionistische Kräfte mit terroristischen Methoden, die Briten zu vertreiben, die als Mandatsträger seit 1920 im Land waren. Faten Mukarker nennt dazu den Terroranschlag unter Führung des späteren israelischen Ministerpräsidenten Begin. Dieser ließ in großen Milchkannen versteckt den Sprengstoff in das Jerusalemer Hotel King David schmuggeln. Die damit erfolgte Sprengung führte zu weit über 100 Toten mit unschuldigen Gästen und Mitarbeitern des Hotels.

Sie nennt weitere Beispiele von Terroraktionen und Progromen gegen die Palästinenser nach dem UN-Teilungsplan von 1947. Die „Vertreibung“ der Palästinenser, die von diesen bis heute als Nakba bezeichnet wird, sei eine eher harmlose Umschreibung. Vielmehr wurden die Menschen durch Progrome und Terrorakte eingeschüchtert, so dass sie um ihr Leben fürchten mussten. Sie verließen ihre Häuser mit ihren wichtigsten Habseligkeiten und schlossen die Haustür hinter sich ab. Sie zeigt ein Foto mit einem großen Torbogen in Form eines überdimensionalen Schlüssellocks, auf dem ein mehrere Meter langer Schlüssel über der Straße entlang der Sperrmauer liegt. Eigentlich, so meint sie, wäre das der größte Schlüssel der Welt und würde ins Guinness-Buch der Rekorde gehören. Das sei aber nicht der Fall, da wohl zu politisch.

Die Menschen, die damals ihre Heimat verließen, hatten immer die Hoffnung, früher oder später zurückkehren zu können. Doch insgesamt 538 Dörfer wurden von den Israelis dem Erdboden gleichgemacht, den ehemaligen Bewohnern blieben nur die Schlüssel zu ihren Häusern. Faten Mukarker nennt 59 Flüchtlingslager in Palästina, die im Laufe der Jahrzehnte entstanden sind. Die Hauptursache dafür sind die 538 Dörfer, die von den Israelis dem Erdboden gleichgemacht wurden.

Der Oslo-Friedensprozess mit dem Handschlag des israelischen Ministerpräsidenten Rabin und Jassir Arafat mit US-Präsident Bill Clinton ging

1993 um die Welt. Als Ergebnis wurden erstmals selbstverwaltete Gebiete für die Palästinenser festgelegt, die etwa drei Prozent der Westbank, aber mehr als 80 Prozent der palästinensischen Bevölkerung umfassen sollten (A-Zone). Ein weiteres Viertel des Gebietes sollte von Palästinensern und Israelis gemeinsam verwaltet werden (B-Zone). Der restliche, flächenmäßig größte Teil sollte vorläufig unter israelischer Kontrolle bleiben (C-Zone). Diese Regelung war ausdrücklich als Interimsabkommen und Vorstufe zu einem eigenen Staat Palästina gedacht. Damit waren große Hoffnungen auf ein schrittweises Ende der israelischen Besatzung verbunden.

Doch es kam anders. Faten Mukarker zeigt Bilder, auf denen gegen Rabin als Verräter („*Rabin is a Traitor*“) gehetzt wird. Es gab Fotomontagen mit Rabin in SS-Uniform und Palästinensertuch. Sie erinnert sich, wie sie mit ihrer Familie in Beit Jala die Radiomeldung von der Ermordung Rabins hörte. In Panik versuchte sie, Lebensmittel zu besorgen, denn es war zu erwarten, dass die Besatzungsmacht eine mehrtägige Ausgangssperre verhängen würde. Doch dann kam die „erleichternde“ Nachricht: Der Attentäter war „*keiner von uns*“, sondern ein israelischer Jude.

### Leben an der Mauer und mit Checkpoints

Die israelischen Siedlungen im Westjordanland haben auch zum Bau neuer Straßen geführt, die ausschließlich für die dort lebenden Juden bestimmt sind und schon jetzt stark zur Zerschneidung der palästinensischen Lebensräume beitragen. Eine ganz andere Dimension hat der 2002 begonnene Bau riesiger Mauern als Sperranlagen. Israel selbst bezeichnet sie als Sicherheitszaun.

Sie dienen aber weniger der Sicherung des „eigenen“ Territoriums vor angeblich zu befürchtenden Terrorakten als vielmehr der Zerschneidung palästinensischer Wohn- und Lebensräume, die das Passieren von mittlerweile weit über 100 Checkpoints innerhalb der Westbank erforderlich macht. Dies betrifft auch Faten Mukarker, deren Wohnort Beit Jala an Bethlehem grenzt, wenige Kilometer südlich von Jerusalem.

Im Juli 2004 gab der Internationale Gerichtshof (IGH) ein Gutachten zum

Bau der Mauer in Palästina ab. In diesem Gutachten hat der IGH zwar eine Mauer direkt an der Grenze zwischen Israel und der Westbank als legitim bezeichnet, nicht aber eine Mauer innerhalb der palästinensischen Gebiete selbst. Dieser Anteil liegt jedoch weit über 80% und wird im Gutachten als illegal bezeichnet, d.h. diese Mauern müssten wieder abgerissen werden. Diese Nachricht wurde in Faten Mukarkers Wohnort mit Freude aufgenommen und man war gespannt, wie Israel darauf reagieren würde. Doch schon am nächsten Tag machte sich Ernüchterung breit. In der israelischen Tagespresse wurde das Gutachten mit keinem Wort erwähnt.

Die Siedlerstruktur in der Westbank hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Durch ihren Sohn, der in den USA lebt, wurde sie auf die Motive von Juden aus den USA aufmerksam, nach Israel auszuwandern und illegale Siedlungen im Westjordanland zu errichten. Es handelt sich durchweg um religiöse Fanatiker, die Faten Mukarker als „*extremer als rechtsextrem*“ bezeichnet. Diese Leute kommen und vertreiben gewaltsam die Einheimischen, deren Landtitel einfach ignoriert werden. Die jüdischen Siedler berufen sich auf „ihre Besitzurkunde“: das Alte Testament der Bibel, das ihnen historische Besitzansprüche einräume.

### Systematische Zerstörung von existenziellen Lebensräumen

Mit der Ausdehnung der Siedlungen und der Sperranlagen geht aber auch die Zerstörung von Häusern mit Bulldozern einher, die dem im Wege stehen. Durch den Bau der Mauer werden auch Olivenhaine zerschnitten, die ein wesentlicher Bestandteil des unmittelbaren Lebensraumes sind. Olivenbäume sind im Westjordanland nicht nur eine wirtschaftliche Grundlage für die Ernährung, sondern auch kulturell tief verwurzelt. Die Oliven-

ernte ist daher auch ein soziales Ereignis.



Faten Mukarker schildert den wohl dramatischsten Tag ihres Lebens. Plötzlich steht ein Bagger auf ihrem Grundstück, um für den Bau der Mauer die uralten Olivenbäume herauszureißen. Sie versucht, mit dem arabischen Baggerführer ins Gespräch zu kommen. Dieser reagierte aber nur hilflos und verzweifelt mit dem Hinweis auf seine neunköpfige Familie, die er zu ernähren habe. Sie muss dann um ihr Leben davon rennen, da sie von den israelischen Soldaten mit ihren Schusswaffen bedroht wird.

### Der Kampf um das Wasser als permanente Entwürdigung

Die Siedlungen entstehen illegal, meist auf Hügeln, die vorher noch bewaldet waren und eine gute Fernsicht bieten. Damit einher geht ein immenser Verbrauch von Wasserressourcen. Während sich die Siedler viel Grün durch Bewässerung leisten können, auch Swimmingpools, erlebt Faten Mukarker täglich die extreme Knappheit von Trinkwasser.

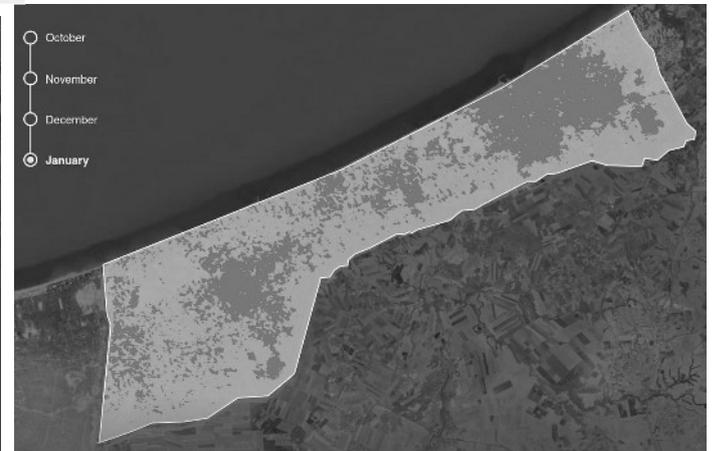
Ein Blick aus ihrer Wohnung auf die Nachbardächer zeigt, dass diese voller Regentonnen sind, denn fließendes Wasser aus der Leitung ist zum Privileg der jüdischen Siedler geworden. Gesundheit und Körperhygiene werden dadurch massiv beeinträchtigt. Wasser gibt es nur aus Regenwasserzisternen oder durch teuren Zukauf aus den israelischen Siedlungen, wo es für die Siedler dagegen billig zu haben ist.

## Die systematische Zerstörung des Gazastreifens

Online-Dokumentation der israelischen Tageszeitung Haaretz



Die Online-Dokumentation der israelischen Tageszeitung vom 8.2.2024 beinhaltet ein Video mit den Zerstörungen sowie gekennzeichnetes Kartenmaterial (Hybrid auf Basis von Satellitenbildern). Siehe dazu auch [www.friedensratschlag.de](http://www.friedensratschlag.de)



### Erklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag zum Verbot des Palästina-Kongresses in Berlin

Der vom 12.-14.4. geplante Palästina-Kongress in Berlin unter dem Motto: „Wir klagen an“ wurde nach im Vorfeld bereits stattgefundenen massiven Diffamierungen aus Politik und Medien am Freitag nur kurze Zeit nach Beginn aufgelöst und verboten.

Mehrere Menschen, darunter auch Personen jüdischer Herkunft, wurden verhaftet. Das Vorgehen von Politik und Polizei – obwohl es weder vor, noch während noch nach dem Kongress zu strafbaren Äußerungen gekommen ist – darf nicht hingegenommen werden.

Bereits im Vorfeld wurde alles versucht, um die friedliche Konferenz zu verhindern, auf der insbesondere eine Koexistenz von Israelis und Palästinensern praktiziert wurde. Die Schikanen gingen von Kontensperrungen und dem Versuch, mithilfe des Bauamts und der

Feuerwehr unüberwindbare Hürden aufzubauen sowie willkürliche Auflagen zu erlassen, über Betätigungsverbote bis hin zur Verhinderung von Einreisen.

Neben ihren völlig haltlosen Anschuldigungen gegen den Kongress, seine Organisator:innen, Teilnehmer:innen und Redner:innen machen sich deutsche Politik und Medien der Verharmlosung israelischer Kriegsverbrechen an der Bevölkerung des Gazastreifens, der Westbank und Ostjerusalems schuldig.

Selbst Zahlen der im Gazastreifen Getöteten sowie die von Israel verursachte Hungerkatastrophe in der Küstenklave werden in Zweifel gezogen. Über die deutsche Mitverantwortung spricht man lieber nicht. Und das, während Deutschland als zweitgrößter Waffenlieferant Israels und wegen seiner Streichung der Gelder für das UN-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge UNRWA bereits vor dem Internationalen Gerichtshof in Den

Haag steht.

Die Bundesregierung isoliert mit ihrer Politik Deutschland in der gesamten Welt und handelt ohne jeden moralischen Kompass und Werte. Sie muss sich stattdessen für Deeskalation und diplomatische Lösungen im Israel-Palästina-Konflikt einsetzen.

Das Verbot des Kongresses ist ein riesiger Skandal und stellt eine weitere bedrohliche Eskalation bei der Aushebelung demokratischer Rechte dar. Die fortschreitende Einengung jeglicher Meinungskorridore in Deutschland ist brandgefährlich für alle, weil es das demokratisch verbrieft Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit einschränkt.

Die zunehmende Unterdrückung von Meinungsäußerungen sowie die Repression aller kritischen Stimmen zum israelischen Krieg im Gazastreifen und dem absolut unverhältnismäßigen Vorgehen der israelischen Regierung und Armee geht uns alle an.

Kassel, den 14.4.2024

### EU-Parlament: Weiterhin nur ein Scheinparlament

Seite 3 bis 5:

<https://www.andreas-wehr.eu/weiterhin-nur-ein-scheinparlament.html>

Der Beitrag wurde für das Friedensjournal gekürzt und aktualisiert.

siehe auch:

[https://european-union.europa.eu/institutions-law-budget/institutions-and-bodies/types-institutions-and-bodies\\_de](https://european-union.europa.eu/institutions-law-budget/institutions-and-bodies/types-institutions-and-bodies_de)

### Mehr aggressive Geopolitik wagen: Hardliner drängen auf EU-Militarisierung

Seite 6 und 7:

<https://www.telepolis.de/features/Mehr-aggressive-Geopolitik-wagen-Hardliner-draengen-auf-EU-Militarisierung-9669976.html>

### EU setzt auf Kriegswirtschaft

Seite 7:

<https://www.telepolis.de/features/EU-setzt-auf-Kriegswirtschaft-Massenproduktion-von-Ruestungsguetern-laeuft-an-9679958.html>

und

<https://www.telepolis.de/features/Bruessel-und-die-Ruestungsgueter-So-bereitet-die-EU-die-Kriegswirtschaft-vor-9682590.html>

### EU-Kriegskasse für die Ukraine: Wer soll das bezahlen?

Seite 8 und 9:

erschien am 11.4.2024 im Overton-Magazin unter dem Titel: Schwierige Kriegsfinanzierung

<https://overton-magazin.de/hintergrund/politik/schwierige-kriegsfinanzierung/>

Fußnoten siehe dort

### Europaweite Mobilität der NATO

Seite 10 und 11:

Online-Fassung unter <https://visualbases.org/europaweite-mobilitat-der-nato/>

mit Hinweis auf Original-Druckfassung

### Ostermarsch in Stuttgart

Seite 13:

kompletter Redetext von Wiltrud Rösch-Metzler

<https://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2024/red-en/wiltrud-r%C3%B6sch-metzler-stuttgart>

siehe auch:

<https://www.friedensnetz.de/>

### 600 deutsche Bundesbeamte fordern die Einstellung der Waffenlieferungen an Israel

<https://www.sozonline.de/2024/04/600-bundesbeamte-fordern-die-einstellung-der-waffenlieferungen-an-israel/>

siehe auch:

<https://taz.de/Deutsche-Waffen-fuer-Israel!/6002931/>

### Beweise begraben, Zeugen zum Schweigen bringen

Seite 16 und 17:

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=113863>

### Das unheilige Heilige Land – Leben zwischen Mauern

Seite 18 und 19:

<https://frieden-und-zukunft.de/das-unheilige-heilige-land/>

auch erschienen im Overton-Magazin:

<https://overton-magazin.de/hintergrund/politik/das-unheilige-heilige-land-leben-zwischen-mauern/>

### Die systematische Zerstörung des Gaza-Streifens

Seite 20:

<https://www.haaretz.com/israel-news/security-aviation/2024-02-08/ty-article-static-ext/.premium/gazans-fled-their-homes-they-have-nowhere-to-return-to/0000018d-73f0-d4f1-a18d-f7f071190002?>

### Erklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag

Seite 20:

<https://friedensratschlag.de/erklaerung-zum-verbot-des-palaestina-kongresses/>